

Ausgabe 1/02

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Humanitär handeln,
miteinander leben,

Integration fördern!

CARITAS HEUTE: Auf Augenhöhe
Zur Partnerschaft von Staat und
Wohlfahrtsverbänden in NRW

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas



Anzeigenseite



Liebe Leserin, lieber Leser,

„nichts ist so beständig wie der Wandel“, war mein Motto vor gut einem Jahr, als ich mein neues Amt als Chefredakteur von „Caritas in NRW“ antrat. Ich freue mich, Ihnen mit dieser Ausgabe ein neue Kapitel in der Geschichte dieser Zeitschrift präsentieren zu können. Wir haben – mit professioneller Unterstützung – das Erscheinungsbild behutsam modernisiert, ohne uns dem Zeitgeist anzubiedern. „Caritas in NRW“ bleibt unverwechselbar, weil wir keinen Millimeter unseres Profils aufgeben. Ganz im Gegenteil: Unserem spezifischen Anliegen als Caritas-Zeitschrift in Nordrhein-Westfalen wollen wir noch stärker dienen. Zukünftig werden wir mit Rubriken wie „Debatte“, „Engagement“ oder „Portrait“ aktuelle Streitgespräche in Heft holen, besonders vorbildliche Initiativen dokumentieren und beispielgebende Menschen vorstellen. „Caritas in NRW“ ist nach wie vor – und das seit 30 Jahren – ein wichtiges Instrument der Kommunikation verbandlicher Caritas in diesem Bundesland mit seinen 18 Millionen Einwohnern. Diese Zeitschrift bietet Raum, um die Arbeit der Caritas vorzustellen und so-

zialpolitische Themen zu diskutieren – auch kontrovers und ohne auf journalistische Standards zu verzichten. „Caritas in NRW“ gibt Orientierung in Zeiten zunehmender Beliebigkeit. Als Verbandszeitschrift bezieht sie Position für die Entrechteten und Schwachen in dieser Gesellschaft.

Diesen Zielen entspricht eine Ausweitung des Angebots: Wir entwickeln einen Informations-Dienst, „Caritas in NRW – Aktuell“, der sechsmal jährlich erscheinen wird. Parallel arbeiten wir an einem Online-Auftritt von „Caritas in NRW“, der alle Vorzüge des Mediums Internet wie Schnelligkeit, Aktualität, Archiv, Suchfunktion etc. vereint. Er wird eine hervorragende Ergänzung zu den gedruckten Ausgaben von Zeitschrift und Info-Dienst sein. Das Heft „Caritas in NRW“ wird in dieser Form nur noch viermal im Jahr erscheinen – regelmäßig je ein Heft pro Quartal.

Ich hoffe, Herausgeber und Redaktion machen Ihnen mit der neuen „Caritas in NRW“ und demnächst mit „Caritas in NRW – Aktuell“ und „Caritas in NRW – Online“ eine Freude. Wir sind gespannt auf Ihr Echo!

Ihr *Markus Lahrman*

Markus Lahrman
Chefredakteur



Inhaltsverzeichnis



„Die Kirche kennt keine Ausländer“ 4
Integration von Migranten ist eine zentrale Zukunftsaufgabe



Jede Bescheinigung kostet 20
Behörden und Ehrenamt stehen sich manchmal gegenüber



„Eigentlich wollen wir sie nicht“ 8
Mit befristeter Aufenthaltserlaubnis finden ausländische Jugendliche keinen Ausbildungsplatz

Unverzichtbare Kraft 22
Zur Partnerschaft zwischen Wohlfahrtsverbänden und Staat



In der Migrationsfalle 12
Menschen in der Illegalität haben nirgendwo eine Chance

Aachen 24 **Münster** 39
Essen 29 **Paderborn** 44
Köln 34



„Faktor zwei“ 16
Ein Expertengespräch über zukünftige Aufgaben bei der Integration

Neue Bücher und Web-Tipps 49

Impressum 50



„Die Kirche kennt keine Ausländer“

Für die Caritas ist Integration von Migranten eine zentrale Zukunftsaufgabe

Von Markus Lahrmann

Die Diskussion zum Thema Zuwanderung ist aus fachlicher Sicht gekennzeichnet von einem Paradigmenwechsel. Politisch scheint sie zunehmend unter wahlkampfaktischen Gesichtspunkten geführt zu werden. Die Position der Kirche ist dabei eindeutig.

„Die Kirche kennt keine Ausländer“, hatte der 1987 verstorbene Erzbischof von Köln, Kardinal Joseph Höffner, wiederholt gesagt. Die Kirche hat sich immer um die Fremden gekümmert, auch aus dem Grundverständnis heraus, dass alle getauften Christen – gleich welcher Hautfarbe und Nation – ihre Heimat in der Kirche finden – gleich in welcher Gemeinde. Der deutsche Caritasverband hat eine langjährige Erfahrung in der Arbeit mit Ausländern, Aussiedlern und Flüchtlingen aller Religionen.

Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Menschen sind gekommen und geblieben, schon allein aus demografischen Gründen wird und muss weitere Zuwanderung erfolgen – wenn dieses Land seinen Wohlstand auch nur in etwa halten will. Die Caritas begrüßt nachdrücklich diesen Perspektivwechsel in der Ausländerpolitik „weg von Ausgrenzung und Abwehr – hin zu Aufnahmebereitschaft und Integration“, wie es Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders bei einer Fachtagung „Zuwanderung und Integration“ formulierte. Die Caritas, so Schröders, sehe in der Gestaltung der Zuwanderung und der Integration von Migranten eine zentrale Zukunftsaufgabe.

Migrationspolitik ist Gesellschaftspolitik

Dass Deutschland Zuwanderung braucht, erscheint vielen Menschen heute angesichts von mehr als vier Millionen Arbeitsuchenden unverständlich und macht sie empfänglich für populistische Reflexe. Dabei ist die demografische Entwicklung inzwischen so krass, dass der zukünftige Arbeitskräftemangel selbst dann nicht aufzuhalten wäre, wenn die Familien im Ruhrgebiet, also der Region mit der höchsten Arbeitslosigkeit in NRW, heute die doppelte Anzahl Kinder hätten. Migrationspolitik ist Gesellschaftspolitik, darauf weist der münstersche Weihbischof Josef Voß, Vorsitzender der Bischofskommission für Migrationsfragen, immer wieder hin. „Migrationspolitik kann auf Dauer nur gelingen, wenn sie von der Bevölkerung auch mitgetragen wird; sie ist ein wechselseitiger Prozess“, betont er. Daher muss für den Perspektivenwechsel in der Ausländerpolitik geworben werden. Denn immer noch bestimmen Rassismus und Ausgrenzung das Verhältnis vieler Menschen auch zu den Migranten, die ja teilweise schon mehr als 40 Jahre unter uns leben.

Im Jahrzehnt der Integration, das nun begonnen hat, steht die Qualifizierung an vorderer Stelle. „Der Arbeitsmarkt ist es, der integriert“, sagt die dienstälteste Ausländerbeauftragte Deutschlands und Vizepräsidentin

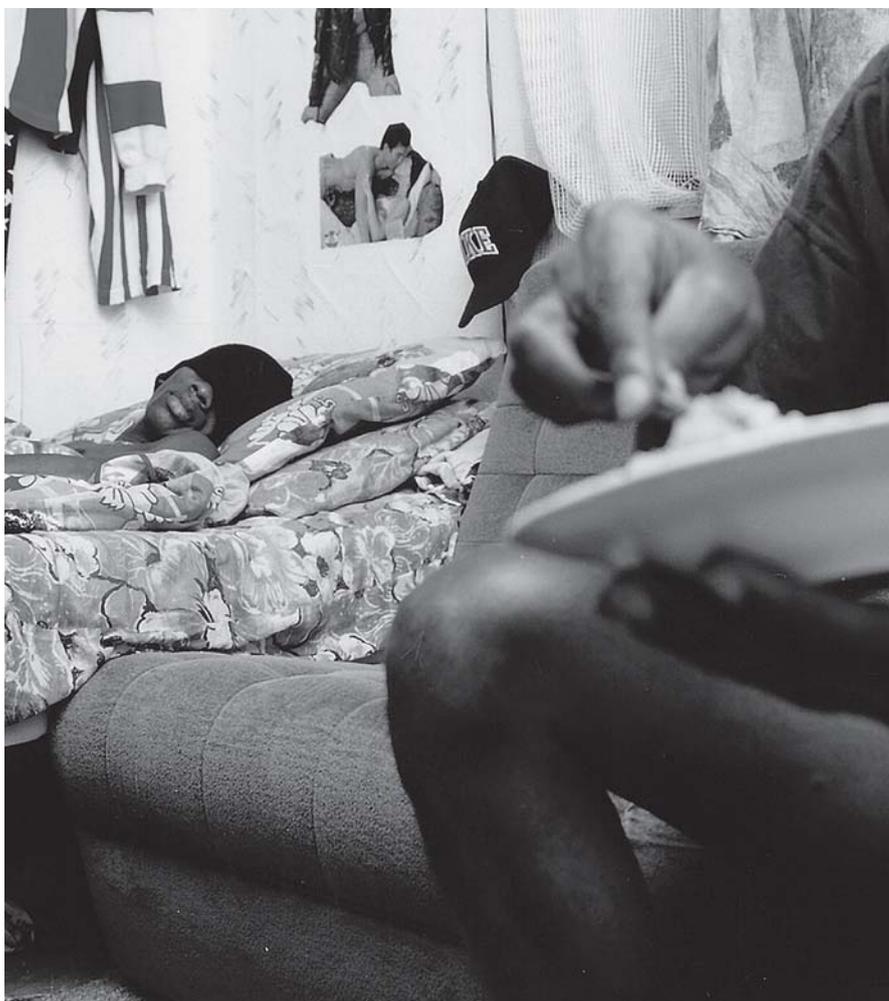


Foto: Andre Zetck

Kommentar

Grundauftrag der Caritas und der Kirche!

Von Andreas Meiwes

Neue Freunde schaffen wir uns nicht für unser Engagement, zumindest kann man diesen Eindruck sehr stark gewinnen, auch in den eigenen Reihen.

Fremde, Zuwanderung, Integration – ein Thema, das immer noch mehr aus dem Bauch heraus als vom Kopf her diskutiert wird, das nicht Halt macht vor bestimmten Kreisen der Gesellschaft. Integration, Zuwanderung, Fremde: Schlagworte, die leider doch in den Wahlkampf zu gelangen scheinen, aber für uns eben nicht nur „Schlagworte“.

Die Arbeit mit Fremden, das vorbehaltlose Einstehen, der Einsatz für Menschen fremder Nationen, anderer Rasse und Hautfarbe gehören zu den prägnantesten Merkmalen der Caritas. Und dies ist auch gut so. Wir leben von unseren Wurzeln, vom Evangelium, vom Grundauftrag der Kirche her, und da

gibt es nicht so viele Möglichkeiten für Kompromisse und „weich gespülte“ Arrangements, sondern da gibt es einen klar formulierten Anspruch der Christen, der sich im Wesen der Caritas wiederfindet. Nach ihm müssen wir unsere Arbeit und auch unsere Einstellung ausrichten.

Ich sage dies so deutlich, weil ich hier ein Defizit feststelle.

Es ist ein Defizit an Information und an Wissen, oft auch in den eigenen Reihen. Dieses Defizit führt gelegentlich zu Äußerungen, die das Niveau eines Stammisches nicht übersteigen. Gewiss müssen wir die Sorgen und Nöte, die Ängste der Menschen um uns herum ernst nehmen, was den Umgang mit Fremden angeht. Aber müssen wir uns vorhalten lassen, dass wir zu wenig – auch in den eigenen Reihen – informiert haben, den Dialog gepflegt haben?

Es ist an der Zeit, Informations-Defizite zu mindern, den Dialog erneut zu eröffnen.

Alle Mitarbeiter der Caritas, nicht nur die Verantwortlichen im Migrationsbereich, sind aufgefordert, wie Sauerartig in der Gesellschaft zu wirken. Es gilt keine Gefälligkeitsmeinung, es gilt kein angepasstes Denken und Reden, es gilt auch keine Parteipolitik, sondern es gelten allein die Grundsätze dessen, was Caritas in der Wurzel ausmacht. ◀



Andreas Meiwes ist Direktor des Diözesan-Caritasverbandes Essen und Herausgeber von Caritas in NRW.

Foto: Pohl

tin des DCV, Barbara John. Deutschland hat kein ethnisches Problem, sondern ein soziales Problem, auch weil Zuwanderung lange Jahre aus bildungsfernen Schichten erfolgte. Nun soll die Caritas nicht in die Rolle eines Ausbildungsträgers schlüpfen, aber sie könnte die Teilnehmer von Sprachkursen oder gar Integrationsprozessen begleiten und ihnen den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern. So etwas können nur Organisationen leisten, die sich in der Sozialarbeit mit Migrantinnen und Migranten auskennen und eine lange Erfahrung haben (siehe auch Seite 16). Lange Erfahrung bei den Migrationsdiensten ist das eine, die Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards ist das andere: Nordrhein-Westfalens Caritasverbände dokumentieren auch in diesem Bereich die hohe Qualität ihrer Arbeit (siehe Seite 14) und sind damit vergleichsweise sehr modern.

Der Perspektivwechsel in der Ausländerpolitik erhielt maßgeblichen Schwung durch den Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung. Diese hat sich allerdings nicht auf ökonomische Fragen von Zuwanderung beschränkt, sondern die Asylfrage behandelt. Die Caritas verlangt seit langem eine gesetzlich verankerte humanitäre Härtefallregelung. Sie setzt sich dafür ein, geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung als Asylgrund anzuerkennen. Auch die Situation der Illegalen in Deutschland muss dringend verbessert werden (siehe auch Seite 12).

Zur Migrationsarbeit der Caritas gehört, sich ihrer Grundlagen in der Botschaft des Evangeliums bewusst zu sein und sich durch Argumente und praktisches Handeln in gesellschaftliche Diskussionen einzubringen. Sie bewahrt dabei jenseits aller Kosten-Nutzen-Rechnungen eine Dimension der Menschlichkeit und des Miteinander nach dem Vorbild Jesu Christi. ◀



Schwerpunkt

„Die Landesregierung hat total versagt“

Die Landes-CDU im Spagat zwischen Parteienkonsens und Wahlkampf

Ein Interview mit Willi Zylajew,
dem migrationspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Willi Zylajew (52), gelernter Sozialarbeiter und stellv. Geschäftsführer des Caritasverbandes für den Erftkreis, ist Mitglied des Landtags seit 1995 und Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten.

Foto: Lahrmann

► *Lange Jahre gab es Streit darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist. Inzwischen hat in dieser Frage – so scheint es zumindest – ein Paradigmenwechsel stattgefunden.*

Kam der für die Bevölkerung zu schnell?

Ich bin nicht der Auffassung, dass wir ein Einwanderungsland sind. Deutschland ist ein Zuwanderungsland, aber kein klassisches Einwanderungsland, und das soll es auch nach unserer Vorstellung nicht werden. Wir müssen schauen, wie viel Zuwanderer wir verkraften und integrieren können. Das ist das eigentlich Wichtige. Vor weiterer Zuwanderung muss die Integration derjenigen stehen, die hier leben.

Die CDU im Düsseldorfer Landtag hat schon 1998 Integration von Migrantinnen und Migranten als notwendig bezeichnet und als politische Chance für das Land.

Es gibt in den letzten 50 Jahren viele Zuwanderer, die sich hervorragend integriert haben. Sie pflegen ihre eigene Kultur, praktizieren ihren eigenen Glauben und haben in unserem Land überhaupt keine Probleme. Ich denke hier an die koreanischen und philippinischen Migranten, an Menschen aus Russland, Polen, Rumänien und anderen Ländern des Ostens. Integrationsdefizite stellen wir in erster Linie bei türkischen Zuwanderern fest. Weil wir hingenommen haben, dass diese Menschen eine Parallelkultur entwickeln. Sie sind oftmals nicht einmal in der Lage, sich in Deutsch zu verständigen. Man stellt bei ihnen erschreckende Bildungsdefizite fest. Sie kommen in diesem Spannungsfeld zwischen der eigenen Kultur und der deutschen Kultur nicht zurecht. Da müssen wir planmäßig mehr für Integration tun.

► *Wo liegen die Chancen von Integration?*

Wenn wir weiterhin bei den großen Wirtschaftsnationen der Welt mitspielen wollen, reicht unser Potenzial allein von der Zahl her nicht aus. Also sollten wir die bisherige Zuwanderung nutzen. In einer globalisierten Welt sehe ich durch Zuwanderung Chancen für uns, weil wir Menschen dabei haben, die sich in Afrika, in der Türkei, in Russland auskennen.

► *In erster Linie sehen Sie wirtschaftliches Potenzial?*

Deutschland bietet auch einen guten Boden für gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung. Deutschland hat die wirklich großartige Fähigkeit, Menschen verschiedener Fassung in einem Staat zum Wohle der Allgemeinheit wirken zu lassen. Das schaffen wir auch mit Menschen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen, die aus den baltischen Ostblockländern kommen, aus der Türkei, aus Afrika. Ich denke, Deutschland ist immer ein Schmelztiegel gewesen.

► *Dank der Initiative der CDU kam es zur Integrationsoffensive NRW. Wie geht es voran?*

1998 haben wir versucht, eine nüchterne Bestandsaufnahme zu machen. Damals forderten die Grünen eine multikulturelle Gesellschaft, und die CDU hat sehr stark auf klassische Leitkultur gesetzt, an der sich alles zu orientieren hat. Wir haben dann Positionen für eine Integrationsoffensive entwickelt, die aber so angelegt war, dass die anderen Fraktionen auch die Möglichkeit hatten, hier mit einzusteigen. Es war eines der schönsten Erlebnisse, die ich in der politischen Arbeit bislang hatte, dass SPD, Grüne und FDP gesagt haben: Dieser Antrag ist so gut, wir verändern ein paar Dinge, und

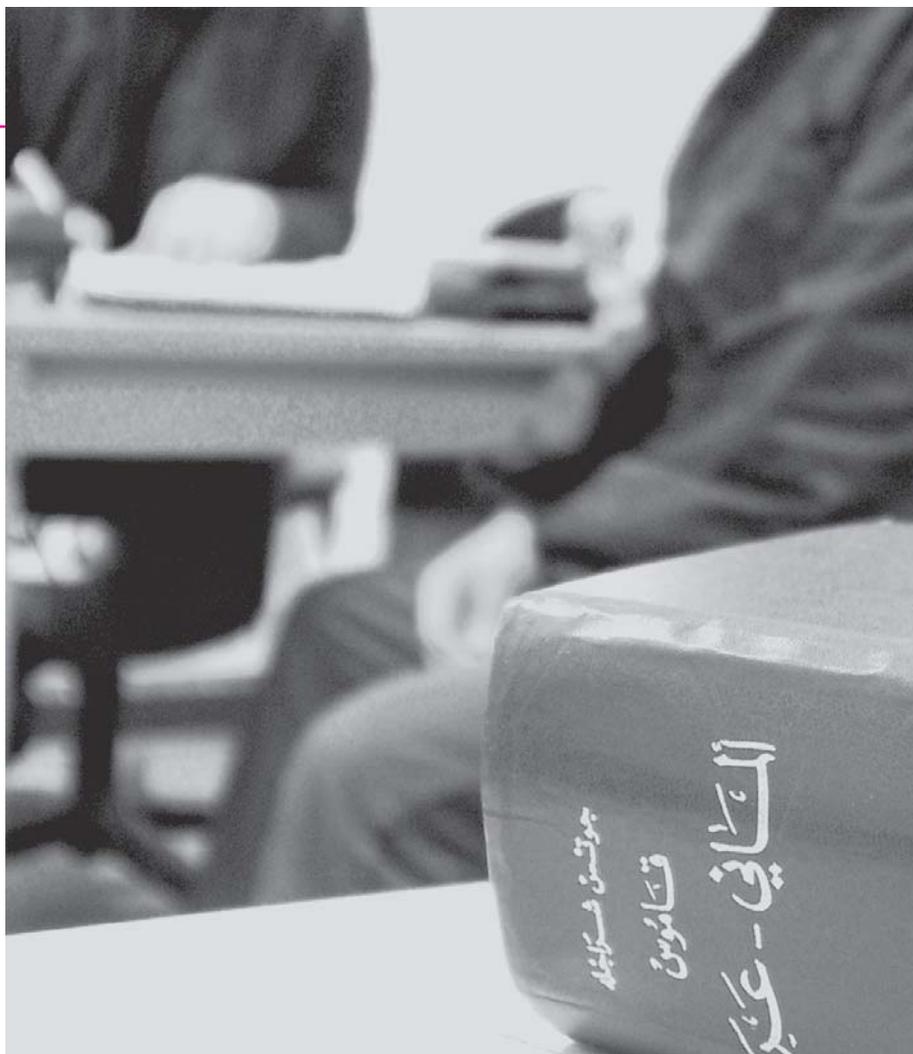
dann tragen wir den gemeinsam. So konnten wir die Offensive im Sommer 2001 verabschieden.

► *Bis zu den Haushaltsberatungen hat die Gemeinsamkeit nicht ganz gehalten?*

Wir hatten die Vorstellung, dass wir gemeinsam mehr Geld für den Bereich fordern. Da war aber insbesondere die SPD vom Finanzminister gebunden. Wir haben es aber immerhin geschafft – und das ist wieder etwas Einzigartiges – eine gemeinsame Erklärung zum Haushalt abzugeben, die feststellt, dass die Mittel nicht ausreichen für 2002. Solch eine Erklärung hat es, solange ich zurückschauen kann in der politischen Arbeit, noch nie gegeben. Das macht deutlich, wie groß unser gemeinsamer Wille ist, zu einer interkulturellen Gesellschaft zu kommen.

► *Was müsste denn aus Ihrer Sicht die Landesregierung in NRW mehr tun, um Integration zu fördern?*

Die Landesregierung hat bisher in diesem Bereich total versagt, das ist Fakt. Sie hat vor Jahren im Kindergartenbereich Stellen abgebaut, obwohl dort die Quelle für die Defizite mit den geringsten Mitteln zu beseitigen wäre, mit Sprachunterricht und Elternarbeit. Wir stellen fest, dass zirka zehn Prozent der Zuwandererkinder nicht in den Kindergarten gehen. Im Schulbereich gibt es überhaupt keine qualifizierte Förderung für Zuwandererkinder. Es kann nicht angehen, dass bei bestimmten Gruppen der Zuwanderer 25 Prozent der Kinder die Schule ohne Abschluss verlassen. Beim Deutschunterricht der Spätaussiedler wurde von der



Landesregierung nichts entwickelt. Stattdessen gibt man Millionen um Millionen aus für irgendwelche Studien, für Erforschung der Zuwanderung, für wissenschaftliche Analysen und Betrachtungen.

► *Droht der Konsens auf Landesebene überlagert zu werden von der Auseinandersetzung um die Zuwanderung im Bundestagswahlkampf?*

Nein, wir haben eine gemeinsame Leistung erbracht, und die kann und wird uns keiner nehmen. ◀

Die Fragen stellte Markus Lahrmann.

Foto: Andre Zelck

„Hab eine gute Reise“

Einblick in eine Kultur, die mit dem Tod anders umgeht

Hamm, März 1977: Eine „Zigeunerfürstin“ liegt im Sterben. Aus ganz Europa strömen Angehörige der Kalderas-Sippe in die westfälische Stadt, um ihrer „Mami“ Cura Goman nahe zu sein. Im Krankenhaus, wo die alte Dame zunächst behandelt wird, wird es eng. Tag und Nacht halten Dutzende Zigeuner Krankenschwache vor und in der Klinik. Die Toleranz von Personal, Patienten und anderen Besuchern wird auf eine harte Probe gestellt.

Das Sterben der Cura Goman erlebte damals Klaus-Jürgen Wolter, Sozialarbeiter des Caritasverbandes Hamm. Fast 25 Jahre später hat er seine Aufzeichnungen veröffentlicht.

Herausgekommen ist ein Dokument, das mehr aussagt als jede ethnologische Abhandlung. Ein Buch, das gerade gläubige Menschen tief nachdenklich macht, ein „Muss“ für alle, die sich als Christen für Menschen aus anderen Kulturen engagieren. ◀





Schwerpunkt



„Eigentlich wollen wir sie nicht“

Mit befristeter Aufenthaltserlaubnis finden ausländische Jugendliche keinen Ausbildungsplatz

Von Harald Westbeld

Es ist alles wohl geordnet und rechtlich bis ins letzte Detail geregelt. Und doch bietet sich immer die Gelegenheit zu Schikane und kann der Ermessensspielraum negativ genutzt werden. Der zeigt: „Wir wollen sie nicht.“

Diese Botschaft ist für Marlies Imping klar. Die Ausländerberaterin der Caritas in Gronau erlebt sie in der täglichen Arbeit und besonders bei ausländischen Jugendlichen. Über Zuwanderung wird heiß debattiert, Greencards ausgestellt, aber vor den jungen Menschen aus Asylbewerberfamilien, die schon in Deutschland sind, die Sprache beherrschen, vielfach gute Schulabschlüsse haben und hoch motiviert sind, sich in ihrer neuen Heimat ein eigenes Leben aufzubauen, werden fast unüberwindbare Hürden vor Ausbildungsstellen aufgebaut.

„Die Frage, die uns Migrationsberater bei Treffen ständig umtreibt, ist: Was passiert mit den Jugendlichen, die eine Duldung haben?“, sagt Marlies Imping. In diesem Zustand befinden sie sich, wenn der Asylantrag abgelehnt ist, aber sie aus humanitären oder anderen Gründen nicht abgeschoben werden können. Das bedeutet alle vier Wochen bis drei Monate ein persönliches Erscheinen auf dem Ausländeramt, um die Duldung verlängern zu lassen. Bohrende Fragen danach, ob man inzwischen bei seiner Botschaft war, um die erforderlichen Papiere für die Ausreise zu erhalten, die Bitte um Passbilder – alles hält die ständige Angst vor der Abschiebung aufrecht.

Bremser ist das Arbeitsamt

Ein unangenehmer Schwebezustand, der Lebensplanung vereitelt und sich über viele Jahre hinziehen kann. Damit lebt seit 1990 Barssima (19) mit ihren beiden Schwestern und den Eltern in Deutschland. In den Libanon können sie nach wie vor nicht zurück, die jungen Frauen wollen auch hier bleiben. „Barssima“, sagt Marlies Imping, „ist hoch motiviert und hat sich mit einem guten Hauptschulabschluss beworben.“ Fünf Ausbildungsplätze hätte sie bei 15 Bewerbungen haben können. Sie war auch nicht wählerisch dabei. Darunter waren eine Tischlerei, ein Immobilienmakler und eine Autofirma.

Ihre potenziellen Arbeitgeber hätten sogar die Unsicherheit ihres Aufenthaltsstatus in Kauf genommen. Aber die weiteren Hürden waren zu hoch. Sie müssen beweisen, dass kein deutscher Jugendlicher für die Stellen in Frage kommt. Verstöße dagegen können vom Arbeitsamt mit Geldbußen bis 500 000 Mark geahndet werden. Selbst für einen Praktikumsplatz gab es keine Genehmigung vom Arbeitsamt, berichtet Marlies Imping.

Auch hier zeigt sich für die Caritas-Mitarbeiterin deutlich, dass die Asylbewerberfamilien nicht gewollt sind: „Die Fachberater dürfen nicht einmal in Richtung Großhandelskauffrau beispielsweise beraten, weil sich hierfür auch Deutsche interessieren.“ Nur die bei Deutschen ungeliebten Berufe wie Metzger oder Bäcker sind für ausländische Jugendliche im Angebot. Doch selbst wenn die Arbeit zugelassen ist, gibt es noch Möglichkeiten der Verhinderung. Ein Taxiunternehmen wollte einen jungen Iraner einstellen, den Marlies Imping betreut. Aber das Arbeitsamt wollte nicht nur einen bestimmten Lohn festgelegt haben, sondern auch genaue Arbeitszeiten. Das ist in diesem Beruf

nicht möglich. „Bremsen ist eher das Arbeitsamt“, erlebt die Migrationsberaterin immer wieder.

Aber auch mit dem Ausländeramt klappt die Zusammenarbeit nicht immer reibungslos. Im Sommer ist Marlies Imping mit zwölf Jugendlichen und Vertretern des Arbeitskreises Asyl dorthin gezogen. Die Gespräche mit dem Leiter schienen auch von Erfolg gekrönt. Wenn sie einen Arbeitsplatz fänden, sei er bereit, eine Jahresduldung zu gewähren. „Aber was ist nach einem Jahr?“, fragt sich Marlies Imping.

In Fall eines jungen Mannes aus dem ehemaligen Jugoslawien ging der Schuss allerdings nach hinten los. Als er die zugesagte Jahresduldung beim Ausländeramt abholen wollte, wurden zwei Passbilder verlangt. Statt der Duldung sollte er wie alle Serben abgeschoben werden. Einzige Lösung war, im Oktober seine 16-jährige Freundin zu heiraten. Die beiden leben jetzt von Sozialhilfe, berichtet Marlies Imping. Aber er sei hochmotiviert – Realabschluss mit einem Notendurchschnitt von 2,8 – einen Ausbildungsplatz zu finden.

Was Marlies Imping eigentlich für ihre Jugendlichen braucht, ist eine so genannte „Befugnis“. Das ist der Zauberbegriff. Er hebt den kurz befristeten Duldungsstatus auf, das Arbeitsverbot entfällt, und dann darf auch der Fachberater beim Arbeitsamt nach Wünschen und Fähigkeiten beraten. Aber dazu war das Ausländeramt nicht bereit.

Totales Arbeitsverbot geplant

Das wäre auch für Barssima die Lösung. An der fehlenden Befugnis scheiterte ihre Anstellung in einer Arztpraxis. Oder es geht um die Frage, was zuerst da sein muss. Bei ihrem Ausbildungsplatz in einem Schuhgeschäft verlangte das Ausländeramt erst eine schriftliche Bestätigung des Geschäftsinhabers für die Arbeitserlaubnis. Die Erlaubnis aber braucht der Arbeitgeber, um den Ausbildungsvertrag ausstellen zu können. Am Einsatz von Barssima liegt es nicht, dass sie noch nichts hat finden können. „Sie ist sehr engagiert und kann sich super verkaufen“, sagt Marlies Imping. Sie halte ständig den Kontakt aufrecht und rufe zweimal in der Woche an. Bald wird sich auch für ihre Schwester Amina die Frage stellen, was sie weiter machen wird. Ein bisschen Zeit bleibt noch bis zum Abitur. Und die 21-jährige älteste Schwester ist nur noch befristet im Asylbewerbershop der Stadt Ahaus beschäftigt.

Nur in seltenen Fällen gelingt es mit Zähigkeit und dem Einsatz von Vitamin B, doch einen Erfolg zu er-



Fotos: Andre Zelck

zielen. Marlies Imping betreut einen jungen Mann mit Fachabitur. Wegen des Duldungsstatus kann er nicht studieren. Es ist ihm aber gelungen, eine Jahresduldung zu erreichen, und er hat einen Installationsbetrieb gefunden, der ihn trotz des bis zum Ende der drei Jahre nicht gesicherten Aufenthaltsstatus eingestellt hat.

In einem anderen Fall hat Marlies Imping die Unterstützung des örtlichen Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Kemper gewonnen. Gemeinsam könnte es gelingen, einem jungen Ausländer, dem nach einem Arbeitsunfall in einem Praktikum ein Finger amputiert werden musste, ein Bleiberecht und damit die Chance auf Arbeit zu verschaffen. Doch das sind Ausnahmen. Dass daran das neue Zuwanderungsrecht etwas ändern wird, sieht Marlies Imping nicht: „Das ist eher noch schlimmer.“ Die Duldung soll auch noch entfallen, stattdessen gibt es Ausreisepapiere und dazu ein totales Arbeitsverbot.

Der Gesetzgeber wolle künftig davon ausgehen, so Marlies Imping, dass jeder die Gründe für die Ablehnung seines Asylantrags selbst zu vertreten habe und deshalb ausreisen müsse. Wer aber statt einer Duldung dann nur noch über die Ausreisepapiere verfüge, unterliege wieder einem Arbeitsverbot. „Asylbewerber und Flüchtlinge sind ganz aus dem Zuwanderungskonzept ausgeschlossen“, sagt die Caritas-Mitarbeiterin: „Eigentlich wollen wir sie nicht.“ ◀



Schwerpunkt

Integration

Tabuisiertes Thema

**Aids-Prävention für Schwarzafrikaner
ist schwierig – und sehr wichtig**

Von Thomas Rünker

Sie hatte ihr Touristen-Visum überzogen und lebte ohne Papiere in Deutschland. Bald wollte die junge Frau wieder zurück in ihre Heimat, nach Kamerun. Doch dann wurde sie krank. Sterbenskrank. In ihrer Not ließ sich die Afrikanerin mit einer gestohlenen Versichertenkarte im Krankenhaus behandeln.

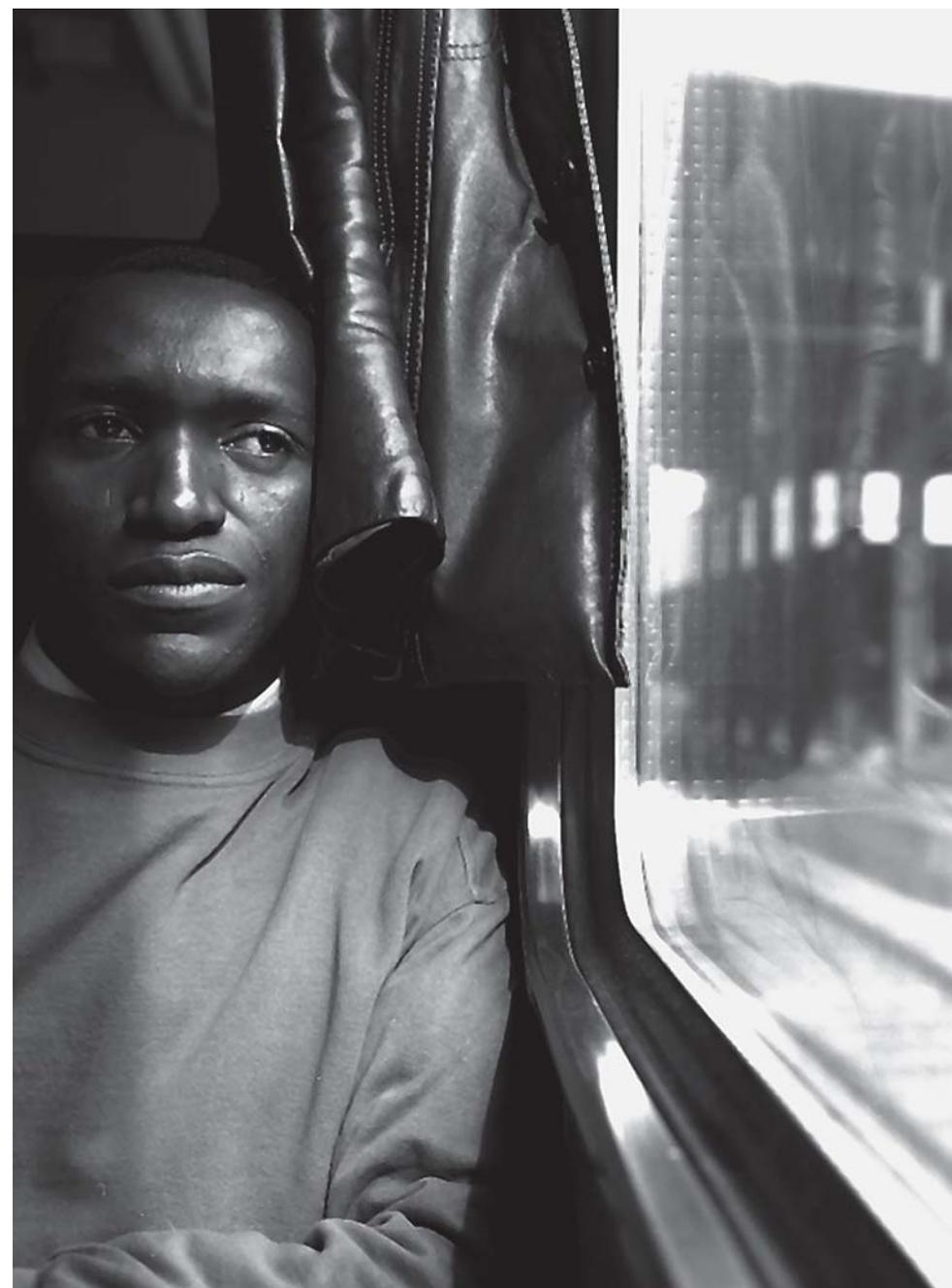
Tuberkulose, Malaria und verschiedene andere Krankheiten wurden dort diagnostiziert. Und als letztendliche Ursache: HIV. Nein, ein „extremer Fall“ ist dies nicht für das Afrika-Projekt des Diözesan-Caritasverbands Essen. Eher ein beispielhafter in der Arbeit von Kornelia Ksinsik und Manuela Gärtner. In bundesweit bislang einmaliger Form kümmern sich die beiden Aids-Beraterinnen um HIV-infizierte Schwarzafrikaner im Ruhrgebiet und informieren Kongolesen, Kenianer oder Menschen aus Nigeria über die tödliche Immunschwächekrankheit.

Ende der 90er Jahre verzeichneten das Essener Uniklinikum und das Bochumer St.-Josef-Hospital, die Schwerpunktkliniken des Ruhrgebiets in der Behandlung HIV-Infizierter, eine wachsende Zahl afrikanischer Patienten. Deren Betreuung stellte Ärzte, Pfleger und Aids-Hilfen vor immense Probleme. „Oft fehlen Sprachkenntnisse und das Verständnis für die afrikanische Kultur“, stellte Manuela Gärtner fest. Viel gravierender sei jedoch, dass die meisten Patienten nur über ein geringes medizinisches Verständnis verfügen. „Außerdem gibt's bei unseren Klienten in der Regel akute Probleme mit der Aufenthaltsgenehmigung.“ Diese dramatische Gemengelage überzeugte schließlich das Gesundheitsministerium NRW, das Mitte 2000 der Einrichtung einer modellhaften Aids-Beratung, ausschließlich für Migranten aus Schwarzafrika, zustimmte.

Höhere Infektionsrate

Rund 1 500 registrierte Schwarzafrikaner gibt es allein in Essen, ähnlich viele in Dortmund, Duisburg oder Bochum. „Die tatsächliche Zahl dürfte aber noch weit darüber liegen“, schätzt Kornelia Ksinsik angesichts zahlreicher nichtregistrierter Migranten. Eine stattliche Gruppe, in der die für die Prävention zuständige Beraterin ihre Botschaft von Aufklärung und Vorbeugung unters Volk bringen will. „Von den normalen Präventionsprogrammen werden diese Menschen in der Regel gar nicht erreicht“, begründet Ksinsik ihre Tätigkeit. Schließlich hat kaum ein Einwanderer eine deutsche Schule besucht, und für das Verständnis von

Foto: Andre Zelck



Broschüren und Plakaten fehlen oft die Sprachkenntnisse. Auf der anderen Seite müsse man jedoch davon ausgehen, dass die HIV-Infektionsrate in dieser Gruppe höher sei als in der deutschen Bevölkerung, meint Kornelia Ksinsik, da Aids in den afrikanischen Heimatländern viel stärker verbreitet sei als in Europa.

Um Kontakt zu den afrikanischen „Communities“, zur afrikanischen Szene im Ruhrgebiet, zu bekommen, engagierte sie drei Mitarbeiter. Einer von ihnen ist Clement Matweta. Regelmäßig zieht der Mann aus dem Kongo durch Afro-Shops, schaut bei afrikanischen Discos, Telefon-Läden und Frisören vorbei und verteilt dreisprachige Informationsblätter vom „Afrika-Projekt“. „Das sind wichtige Treffpunkte“, erklärt Kornelia Ksinsik. „Die erfüllen hier in Deutschland die Funktion der afrikanischen Märkte.“ „Mittlerweile kennen mich schon viele in den Läden“, erzählt Matweta. Zwischen Smalltalk und Kaffee muss er da auch schon mal Spezialfragen beantworten, zum Beispiel, ob man sich denn beim Küssen auch mit Aids anstecken könne. „Sehr viele Afrikaner haben irgendeine Beziehung zu Aids“, berichtet Kornelia Ksinsik. Meist, weil Freunde oder Verwandte in der Heimat erkrankt sind. Dennoch würde sich ein Afrikaner wohl nie von sich aus ans „Afrika-Projekt“ wenden, um sich als infiziert „zu outen“ und um persönliche Hilfe zu bitten. Viel zu groß ist die Angst, aus der sozialen Gruppe, aus der Gemeinde oder dem Freundeskreis ausgeschlossen zu werden. „Jeder weiß von der Krankheit, aber keiner redet darüber“, musste Kornelia Ksinsik erfahren.

Wahre Glücksgriffe sind da für sie Einladungen in afrikanische Treffpunkte und Vereine. Da herrscht am ehesten die geschlossene und vertraute Atmosphäre, die dieses derart heikle und tabuisierte Thema benötigt. Da kann sie am ehesten drauf hoffen, dass ihre Botschaft von einem „bewussteren Sexualleben“ und vom einzig möglichen Schutz durch Treue, Enthaltensamkeit oder Kondome auf fruchtbaren Boden fällt. Aber der Kontakt zu diesen Gruppen ist schwierig und entwickelt sich erst jetzt, fast eineinhalb Jahre nach Start des Projekts.

Kein automatisches Asylrecht

Um die Menschen, die bereits mit dem tödlichen Virus infiziert sind, kümmert sich Manuela Gärtner. Über die Kliniken erhält sie Kontakt zu Afrikanern wie der jungen Frau aus Kamerun und steht dabei oft vor viel größeren Problemen als „nur“ der Bewältigung der Krankheit. „In der Regel steht die Existenzsicherung

an erster Stelle“, erklärt die Beraterin. Wie bei der Kamerunerin gilt es zunächst Fragen eines schwebenden Asylverfahrens oder eine drohende Abschiebung zu klären, wenn Manuela Gärtner einen neuen Klienten erstmals berät. „Dann kommen unsere Netzwerkpartner ins Spiel.“ Rechtsanwälte, Flüchtlings- und Rechtsberatungen geben juristischen Beistand, um wenigstens vorübergehend den Aufenthaltsstatus des Patienten zu sichern.

Entgegen einem landläufigen Gerücht unter den Afrikanern gibt es bei einer HIV-Infektion nämlich kein automatisches Asylrecht. Andererseits lassen die Gesetze Raum für humanitäre Lösungen, die jedoch sehr unterschiedlich gehandhabt werden. So hat ein Oberverwaltungsgericht den Asylantrag einer Togoletin mit der Begründung abgelehnt, dass in ihrem Heimatland die Medikamente gegen Aids, die in Deutschland umgerechnet 970 Euro kosten, sehr wohl zu beschaffen seien. Dass zur Aufbringung der Kosten in Togo zwölf Menschen ausschließlich zur Finanzierung dieser Arzneimittel arbeiten müssten, erkannte das Gericht nicht an. „Der einzige Schutz vor einer Abschiebung ist jetzt eine eventuelle Duldung durch die kommunale Ausländerbehörde“, erklärt Manuela Gärtner. Für die Togoletin würde das eine Lebensverlängerung um mehrere Jahre bedeuten.

Böser Blick und Religiosität

Erst wenn der gesicherte Aufenthalt und die Finanzierung der teuren Medikamente geklärt sind, kann Manuela Gärtner mit der eigentlichen Aids-Beratung beginnen. Bei medizinischen Fragen stößt sie dabei sehr oft auf große Probleme, die auch Kornelia Ksinsik in der Präventionsarbeit kennen gelernt hat. Zum einen ist das Wissen über Medizin und Sexualität bei den Migranten oft sehr gering, zum anderen wird die Krankheit von den Afrikanern statt mit körperlichen Zusammenhängen oft mit Mystik in Verbindung gebracht. „Die Klienten meinen manchmal, sie seien verzaubert oder vom ‚bösen Blick‘ getroffen worden“, berichtet Manuela Gärtner. Einer Patientin war von einem traditionellen Heiler geraten worden, sich nicht spritzen zu lassen. Dass das in einem deutschen Krankenhaus zu Problemen führt, ist offensichtlich.

„Die Beratungsarbeit ist viel intensiver als bei deutschen Klienten“, sagt Manuela Gärtner. Nicht nur, dass die Probleme komplexer sind, oft Sprachbarrieren überwunden werden müssen und „die afrikanische Gesprächsführung einfach länger dauert“, die Bera- ▶



Schwerpunkt

Integration

- tung geht auch an die Substanz der Beratenden. So sei es bei ihren Klienten ganz selbstverständlich, sich zum Kennenlernen nach Familie, Privatleben – aber auch nach der eigenen Religiosität zu erkundigen, die für viele Afrikaner außerordentlich wichtig ist.

Pionierarbeit braucht Zeit

Schön ist es zu sehen, dass sich einige Schicksale trotz aller Dramatik mit Hilfe des „Afrika-Projekts“ zum Positiven entwickeln – wie das einer jungen Äthiopierin. Auch für sie musste Manuela Gärtner zunächst den Kontakt zu einem Anwalt herstellen. Der bewirkte immerhin eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis und mehr Sozialhilfe. So konnte sie in eine neue Wohnung umziehen und die mittlere Reife nachmachen, um vielleicht bald einen Arbeitsplatz zu finden. „Durch diese Verbesserungen und durch unsere Gespräche ist die Frau psychisch viel stabiler geworden“, berichtet Manuela Gärtner. Mit HIV habe sie sich nun abgefunden,

„will sich aber von der Krankheit nicht beherrschen lassen“. Das „Afrika-Projekt“ als Institution steht trotz der offensichtlichen Erfolge nach wie vor auf wackeligen Beinen. Vorerst läuft die Finanzierung des Landes nur bis Ende Juli dieses Jahres. Deshalb arbeiten Manuela Gärtner und Kornelia Ksinsik derzeit an Konzepten, um das Land von einer mehrjährigen Verlängerung zu überzeugen. „Wir haben hier wirklich Pionierarbeit geleistet“, betont Kornelia Ksinsik, „erst jetzt sind wir jedoch so weit, die ersten Erfahrungen für unsere Arbeit nutzen zu können.“ Diese Erfahrungen wollen die beiden Beraterinnen weiter ausbauen und an andere Aids-Hilfen und Beratungsstellen weitergeben. „Irgendwann wollen wir uns hier überflüssig machen“, betont Manuela Gärtner. Eine zentrale Fachstelle, zum Beispiel beim Caritasverband, könnte dann ihre Arbeit übernehmen und die lokalen Aids-Hilfen für die Betreuung der Afrikaner schulen. Aber bis dahin braucht es noch viel Zeit. ◀

Foto: Andre Zelck

In der Migrationsfalle

Illegale haben in der Heimat keine Chance – und in Deutschland auch nicht

Von Alfred Hovestädt

Sie leben zurückgezogen, weil sie ihre derzeitige Lebenssituation unter keinen Umständen gefährden wollen. „Bloß nicht auffallen“ ist ihre Devise. Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung ist nicht bekannt. Schätzungen schwanken zwischen 100 000 und einer Million Menschen.

Sie leben illegal in Deutschland, weil sie keine Chance haben, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Von Mädchenhändlern mit falschen Versprechungen gelockt, von Schleppern in den „reichen Westen“ geschleust, vor Verfolgung geflohen und vom Asylrecht

trotzdem nicht geschützt – typische Geschichten der Menschen ohne Papiere, die bei uns „Illegale“ genannt werden. Sie befinden sich in der „Migrationsfalle“: in der Heimat keine Chance und hier keine Chance – jedenfalls keine legale.

Manchmal ist die Situation verheerend

Die Situation von Migranten ohne Aufenthaltsstatus ist geprägt vom Fehlen jeglicher Sicherheit. Sie leben in ständiger Angst. Oft zahlen sie horrenden Mieten für heruntergekommene Quartiere. Kinder werden nicht zur Schule angemeldet, weil die zuständigen Behörden verpflichtet sind, die Statuslosigkeit anzuzeigen. Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis müssen sich und ihre Familien „über Wasser halten“. Um an Geld zu kommen, gehen viele einer illegalen Beschäftigung nach, ohne rechtliche Absicherung zu Dumping-Löhnen. Für die Arbeitgeber übrigens eine durchaus interessante und vor allem Gewinn bringende Möglichkeit, sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Schließlich sparen sie Steuern und Sozialausgaben. Wehren sich „Illegale“ in Situationen, wo ihnen Unrecht geschieht, wo sie um den Verdienst geprellt werden, laufen sie Gefahr, entdeckt und abgeschoben zu werden. Allzu oft werden sie so Opfer von Ausbeutung und Erpressung. Besonders schlimm wird es, wenn eine Schwangerschaft oder schwerwiegende Erkrankungen die Lebenssituation belasten, wenn ärztliche Hilfe, vielleicht sogar ein Krankenhausaufenthalt unvermeidbar wird. Ohne Krankenversicherung müssen „Illegale“ für die Behandlungskosten in der Regel selbst aufkommen oder riskieren, abgeschoben zu werden.

Es besteht Handlungsbedarf!

In all diesen Fällen geraten Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung in große Bedrängnis. Hilfe erhalten sie unter anderem durch Beratungsstellen der Caritas, die zum Teil auch finanziell in die Bresche springen, in Krankheitsfällen zum Beispiel. Aber so sehr diese Hilfe unter humanitären Gesichtspunkten geboten ist, mit Blick auf die Rechtslage bleibt sie problematisch. Stehen doch Hilfeleistungen zum illegalen Aufenthalt unter Strafe. Die Helfer selbst geraten in eine rechtliche Grauzone. Unbedingt notwendig ist daher die Klarstellung, dass Personen und Organisationen, die „Illegale“ humanitäre Hilfe in Notsituationen leisten, nicht der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt bezichtigt und vor Gericht gestellt werden. Hilfe in der Not darf nicht länger strafbar sein.

Kinderflüchtlinge schützen

Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention gefordert

Die vorbehaltlose Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention fordert die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollten die notwendigen Leistungen entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz erhalten.

Daher setzt sich die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge, der auch die Flüchtlingssozialdienste der Caritasverbände in NRW angehören, für die Aufhebung des Vorbehaltes ein. Denn die UN-Kinderrechtskonvention verbietet es im Artikel 22, junge Asylbewerber aus der allgemeinen Jugendhilfe herauszunehmen. So darf die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen kein Ausweisungsgrund sein, genau das aber ist im § 46 des Ausländer-

gesetzes vorgesehen. Die Zahl der gewaltsam vertriebenen Mädchen und Jungen beträgt nach Schätzung von Experten weltweit bis zu 25 Millionen. Die Aktionsgemeinschaft setzt sich für ein Nachzugsalter von bis zu 18 Jahren ein – und beruft sich ebenfalls auf die Kinderrechte. Gleiches fordern übrigens katholische Kirche und Caritas. Weiterhin hält die Caritas die Einführung der Schulpflicht für Flüchtlingskinder und eine kindgerechte Unterbringung für notwendig.

Weitere Informationen unter www.jugendschutz.de

Heft 3/2001 der Zeitschrift „Thema Jugend“ widmet sich den Themen rund um die UN-Kinderrechtskonvention.

M. L. ◀

Bezug: Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW, Tel. 02 51 / 5 40 27 (ca. 1,50 • zzgl. Porto)

Letztlich geht es darum, grundlegende Menschenrechte, d. h. die Wahrung der Menschenwürde, in Deutschland schützen zu können. Soziale Beratung und Hilfe haben nicht den Zweck, illegales Leben in Deutschland zu ermöglichen, sondern erfolgen aus rein humanitären Gründen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist Rechtssicherheit für die Migrationsarbeit der Caritas und der anderen humanitären Organisationen in diesem Bereich notwendig. Es kann auch nicht angehen, dass vor den Beratungsstellen Kontrollen durchgeführt werden, um Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis aufzugreifen.

Die Einwanderungskommission der Bundesregierung und das Positionspapier der katholischen Bischöfe haben wichtige Vorarbeit geleistet, um Hilfe für Notleidende in Deutschland möglich zu machen. Wichtig ist jetzt, die entsprechenden rechtlichen Vorgaben festzusetzen, damit die Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung rechtlich abgesichert und damit überhaupt erst möglich wird. Ob damit kurzfristig zu rechnen ist, erscheint unwahrscheinlich. Der Regierungsentwurf für das Zuwanderungsgesetz schweigt sich zum Thema „Illegale“ aus. ◀



Die deutschen Bischöfe – Kommission für Migrationsfragen: „Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung“. Zu beziehen beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn.



Beratung nach neuen Standards

Von Claudia Konopka

Die Migrationsberatung der Caritas in Nordrhein-Westfalen soll effizienter werden. Auf Initiative des Diözesan-Caritasverbandes Köln wurde gemeinsam mit den Caritasverbänden Münster, Aachen, Essen und Paderborn ein Leitfaden zur Qualitätssicherung entwickelt.

- ▶ Aussiedlerarbeit für Deutschstämmige, die häufig aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion kommen sowie
- ▶ Flüchtlingsarbeit für Asylsuchende und Asylanten. Das Handbuch wurde vorrangig für die Ausländersozialarbeit entwickelt. Die wichtigste Erkenntnis nach einem Jahr Praxistest: Vieles wurde schon lange so gehandhabt, wie im Handbuch beschrieben. Das ist kein Zufall. In der 30-köpfigen Gruppe, die den Leitfaden erarbeitet hat, waren neben einer Unternehmensberaterin viele Mitglieder aus den Diözesan- und Ortsverbänden vertreten. „Dass die Beratungsabläufe jetzt schriftlich fixiert wurden, gibt unseren Mitarbeitern zusätzliche Sicherheit“, stellt Ralf Plogmann fest, „schließlich wollten wir das Rad nicht neu erfinden.“ In sechs Kapiteln beschreibt das Handbuch die Ziele der Beratung sowie ihre Möglichkeiten und Grenzen. Außerdem enthält es Hinweise zur Teamarbeit und Qualitätssicherung. Sehr ausführlich werden typische Situationen der Migrationsberatung behandelt. Viele Prozesse, von der Formularhilfe über Krisenintervention bis hin zur Unterstützung der Selbstorganisation, sind schrittweise dargelegt. Anhand der Organigramme können die Berater/innen selbst verfolgen, welche Schritte in der aktuellen Situation möglich und sinnvoll sind. Gleichzeitig hilft ihnen der Leitfaden, sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren. „Es kommt leider immer wieder vor, dass sich Berater in Kleinigkeiten verzetteln und schließlich den Überblick verlieren“, erläutert Ralf Plogmann. Beispielsweise erlebt er häufig, dass Migranten mit fachfremden Anliegen wie Steuerbescheiden oder Übersetzungswünschen in die Beratungsstellen kommen. „In solchen Fällen müssen wir die Ratsuchenden weiterschicken.“

Praxistauglichkeit schon bewiesen

Beratung nach Schema F? Keineswegs. Der Leitfaden soll lediglich helfen, wichtige Prozesse von unwichtigen zu unterscheiden. Beim Caritasverband Unna hat er seine Praxistauglichkeit bereits unter Beweis gestellt. „Es lohnt sich“, lautet das Fazit von Ralf Plogmann. In einem Bericht hat er die Erfahrungen der Berater/innen zusammengestellt. Trotz anfänglicher Bedenken waren die ersten Reaktionen überwiegend positiv. Damit die Mappe nicht zum Staubfänger verkommt, wurden alle Mitarbeiter in zwei halbtägigen Seminaren über die Inhalte informiert. Bei regelmäßigen Teambesprechungen werden aktuelle Fälle besprochen und gemeinsame Projekte geplant; genauso

Beratungsgespräch beim Caritasverband Unna: die Zivildienstleistenden Markus Cordemann und Oliver Scholz und Flüchtlingsberater Michael Strauch (von links) im Gespräch mit einer Ratsuchenden Familie
Foto: Caritas Unna

Das Werk mit dem sperrigen Namen „Qualitätshandbuch für die Migrationsdienste der Caritas in Nordrhein-Westfalen“ soll die Berater/innen entlasten und den Ratsuchenden kompetente und schnelle Hilfe garantieren. Der Beratungsprozess soll einheitlicher und transparenter werden. Doch lässt sich die Qualität eines solchen Angebotes ähnlich verbessern wie die Montage eines Autos? Ralf Plogmann, Abteilungsleiter Soziale Dienste und Gemeindec Caritas beim Caritasverband für den Kreis Unna e. V., ist davon überzeugt. Voraussetzung seien allerdings die Motivation der Mitarbeiter/innen und die Einbindung des Vorstands in diesen Prozess.

Die Migrationsberatung umfasst drei Bereiche:

- ▶ Ausländersozialarbeit für Zuwanderer aus anderen, meist europäischen Ländern,

wichtig sind aber regelmäßige Stärken- und Schwächenanalysen. Auch auf Diözesanebene werden Schulungen für Sozialarbeiter angeboten.

Inzwischen gibt es Überlegungen, ähnliche Standards für die Beratungsgebiete Flüchtlingshilfe und Spätaussiedler einzuführen. Viele Prozesse seien übertragbar, stellten die Verbandsmitarbeiter fest, allerdings muss einiges ergänzt werden. „Jede Gruppe hat ihre eigene Problematik, aber vieles ist doch vergleichbar“, weiß auch Bernd Zerbe, Leiter der Sozialen Dienste vom Caritasverband Herne e.V. Immer wieder werden die Berater/innen mit Problemen wie Arbeitserlaubnis, Krankheiten, finanziellen Sorgen sowie Sucht- und Beziehungsproblemen konfrontiert. In dem Handbuch werden für spezielle Problemfälle Schnittstellen zu anderen Beratungseinrichtungen aufgezeigt, die in solchen Situationen kompetenter helfen können.

Darüber hinaus versprechen sich die Caritasverbände auch für die Öffentlichkeitsarbeit eine positive Wirkung des Handbuches, und zwar nicht nur als Argu-



Ralf Plogmann vom Caritasverband Unna präsentiert den neuen Leitfaden zur Qualitätssicherung im Migrationsdienst.

Foto: Konopka

mentationshilfe gegenüber Geldgebern „Es ist einfach wichtig, ein Bewusstsein für die Problematik der Migranten zu schaffen. Die meisten Menschen kommen zu uns, weil sie in ihrer Heimat massive Probleme haben. Für ein paar Mark würde kaum jemand sein gewohntes Leben aufgeben“, meint Bernd Zerbe dazu. ◀

Gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit

Caritas und der 1. FC Köln präsentierten das bundesweit erste Qualitätshandbuch für Migrationsdienste

Die Caritas in NRW und der 1. FC Köln haben ein Zeichen für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit gesetzt.

Gemeinsam mit dem FC-Spieler Moses Sichone aus Sambia und Geschäftsführer Wolfgang Loos stellten Vertreter der Caritas in Köln das bundesweit erste Qualitätshandbuch für Migrationsdienste vor. Es war gemeinsam von den fünf Diözesan-Caritasverbänden in Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden.

„Wir haben Vorbildfunktion“, sagte Loos, „der 1. FC Köln integriert seit Jahren ausländische Spieler und Fans, deshalb unterstützen wir die Caritas in ihrer Arbeit mit Ausländern.“ Für das Bundesligaspiel gegen Energie Cottbus, die Bundesligamannschaft mit dem höchsten Ausländeranteil, verschenkte der 1. FC Köln 500 Karten an Ausländer, Flüchtlinge und Aussiedler, die von der Caritas in Nordrhein-Westfalen beraten und betreut werden. M.L. ◀

Foto: Ovelgönne





„Faktor zwei“

Experten aus Landesregierung und Caritas diskutieren über Stellenwert und zukünftige Aufgaben bei der Integration



Anton Rütten ist Leiter der Gruppe 32 „Zuwanderung und Integration“ im Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen.

► Was ist eigentlich Integration?

Paolo Miribung: Darüber streiten sich seit Jahrzehnten die Gelehrten. Meines Erachtens fängt sie mit Gleichberechtigung an. Das bedeutet ein Leben mit den gleichen Rechten und Pflichten. Damit sich der Fremde in einem Gemeinwesen so zurechtfindet, so beheimatet fühlt, dass er sagen kann: Das ist für mich stimmig, ich habe manches übernommen von der Aufnahmegesellschaft, kann aber meine Identität noch weiterhin bewahren.

Anton Rütten: Bereits im ersten Zuwanderungsbericht, den die interministerielle Arbeitsgruppe Zuwanderung erstellt hat, hat die Landesregierung ihr Verständnis von Integration beschrieben. Danach verstehen wir Integration als einen Prozess auf Gegenseitigkeit, in dem Anpassungsleistungen sowohl von Zugewanderten als auch von aufnehmender Gesellschaft erforderlich sind. Anpassung ist nicht das Ziel, sondern der Prozess, durch den bestimmte neue Standards erreicht werden. Gesellschaft befindet sich insgesamt im Wandel durch Zuwanderung. In keinem Falle aber heißt Integration die Aufgabe der je eigenen kulturellen Identität. Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten, wir erwarten aber auch individuelle Leistungen. Dazu bedarf es dann Unterstützung der Leistungen von institutioneller Seite. Das nennen wir „Fordern und Fördern“.

► Gelingende Integration braucht unterstützende Angebote. Wie wird die integrationspolitische Infrastruktur im Lande stabilisiert?

Rütten: Die Landesregierung will in diesem Jahr die Struktur, so wie sie in ihrer ausdifferenzierten Weise existiert, weiter fördern. Wir können den Standard auf hohem Niveau halten, wo an anderen Stellen erhebliche Einsparungen nötig sind. Ein Beispiel: NRW-Landesmittel fließen in einer Höhe in die Sozialberatung für Migranten, wie sie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland nur zusammengerechnet aufbringen würden. Wir verstetigen bisher schon erhebliche Leistungen. Und wir setzen innerhalb dieses Rah-

mens neue Schwerpunkte, die den Zielen der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive entsprechen.

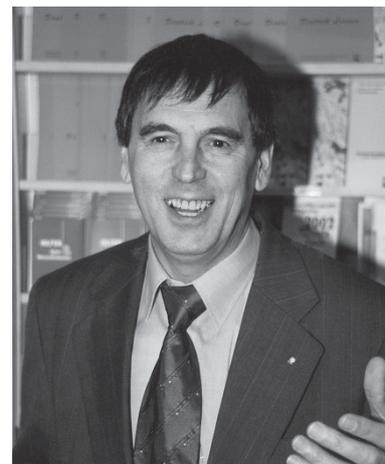
Rainer Schumacher: Integration heißt ja gemeinhin Eingliederung. Die Frage ist, wie diese Eingliederung sich darstellt. Herr Rütten sagt ja zu Recht, für die Migranten bedeutet es das richtige Maß zwischen sicherlich notwendiger Assimilation, aber auch Bewahrung der eigenen Herkunftskultur. Für die Einheimischen geht es um das richtige Maß an kultureller Erweiterung und Beibehaltung der eigenen kulturellen Identität. Dabei einen für alle lebensfähigen Mix herzustellen ist eine ganz wesentliche Aufgabe auch der Migrationsdienste der Caritas.

Interkulturelle Öffnung ist eine wesentliche Aufgabe unserer Dienste, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Unsere Dienste sollen mit helfen, dass die Gesellschaft insgesamt ein notwendiges Maß an kultureller Offenheit akzeptiert, damit ein Zusammenleben auf Dauer auch gelingen kann.

Miribung: Ich kann nur bestätigen, dass der gesamte Bereich Migration/Zuwanderung/Integration in NRW einen sehr hohen Stellenwert hat. Die gemeinsame Integrationsoffensive aller Landtagsfraktionen ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Landesregierung hat immer ein offenes Ohr und geht mit viel Engagement an die Sache

Schumacher: Die Freie Wohlfahrtspflege in NRW hat durchaus eine gute Tradition der Kommunikation und des Zusammenarbeitens mit dem zuständigen Ministerium. Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass wir unsere Migrationsdienste zu einem wesentlichen Teil werden konzeptionell verändern müssen, um zukünftige politische Erfordernisse erfüllen zu können. Das ist eine große Aufgabe.

Rütten: Wir müssen in die Strukturen hinein, Spezialdienste für Migranten konzeptionell so gestalten, dass sie nicht auf Dauer Migranten in ihren Migrantenrollen halten. Wenn wir Integration erreichen wollen,



Paolo Miribung ist Referent Migrationsdienste beim Caritasverband für das Bistum Aachen.

müssen wir Migranten nicht über Jahre oder gar Jahrzehnte als Sonderfälle begreifen, sondern sie zur Regelbevölkerung zählen. Wer zuwandert, sollte gleichsam im Verlauf seines Integrationsprozesses den Weg von der Betreuung in Spezialdiensten hin zu einer gleichberechtigten und selbstverständlichen Beachtung und Beteiligung z. B. im Jugendbereich, im Altenbereich oder im Gesundheitsbereich gehen können. Das erfordert aber eine Schärfung des Blicks, eine Qualifizierung und Professionalisierung dieser Regleinrichtungen für migrations- und integrationsbedingte Situationen. Hier kommt den Spezialdiensten als Vermittler und Berater eine immer wichtiger werdende Bedeutung zu. Da ziehen wir an einem Strang, und da sind wir auch auf einem guten Weg. Deswegen, glaube ich, ist es auch echt, wenn wir uns hier gegenseitig Komplimente machen. Die Integrationsoffensive des Landtags greift übrigens beide Aspekte auf, die migrantenspezifischen Angebote und die migrantengerechte Qualifizierung der Regeldienste.

Miribung: Die interkulturelle Öffnung der Dienste und Einrichtungen ist nach wie vor ein schwieriger Prozess. Dieses Umdenken wird ja seit geraumer Zeit gerade von den Migrationsdiensten angemahnt. Es ist also wichtig, dass neben der konzeptionellen Veränderung der Migrationsdienste gleichzeitig die so genannten Regeldienste ihren Auftrag ernst nehmen und dafür Sorge tragen, dass ihr Angebot Migranten auch tatsächlich erreicht.

► *Also ist nachholende Integration wichtig und nicht nur Sprachförderung für Neuankömmlinge. Wer zahlt dann die Zeche? Geht da nicht der Kampf zwischen Bund und Ländern los?*

Rütten: Man darf Integration nicht reduzieren auf Landessprachförderung und auf gesellschaftliche Orientierungskurse. Die sind wichtig und als Basisangebot für gelingende Integration notwendig. Da können wir auch von den Niederlanden lernen, und es ist gut, dass das vom Bund berücksichtigt worden ist. Nur dieses Basisangebot beschreibt nicht all das, was an Integrationsleistung erforderlich ist. Es müsste diskutiert werden, ob der Bund nicht für dieses Startpaket allein verantwortlich ist, weil die Länder und Gemeinden in der Dauerintegration schon heute erhebliche Leistungen bringen. Sie tragen sehr viel zur Stabilisierung der Integration in Schule, Kindergarten, Sozialdiensten bei, in denen dann Migranten ihren Platz finden. Und das über viele Jahre; denn Integration – das wissen wir

aus der Migrationsforschung wie aus unserer Integrationswirklichkeit – ist meist nicht in drei, fünf oder sieben Jahren abgeschlossen.

Miribung: Richtig ist, dass die Zuwanderer von Anfang an, also unmittelbar nach der Einreise, die Förderung erfahren, vor allem Deutsch lernen. Damit ist die Integration aber noch nicht vollzogen. Man spricht von Jahrzehnten, ein andauernder Prozess, bis die Integration endgültig vollzogen ist.

Schumacher: Für uns als Leistungsanbieter innerhalb der Integrationsbemühungen ist diese Debatte mehr als unbefriedigend, weil noch gar nicht klar ist, wer welche Leistungen in welchem Umfang finanzieren wird. Integration ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir, die Freie Wohlfahrtspflege, haben an alle Partner, Bund, Land und Kommunen, schon die Botschaften ausgesandt, dass wir eine möglichst frühe Klärung wünschen, wer für welche Aktivitäten innerhalb des Integrationsprozesses Finanzverantwortung übernimmt. Eine möglichst frühe Klärung erachten wir für absolut notwendig, damit wir die Zeit, die wir jetzt noch haben, zur Gestaltung nutzen können. Für Menschen, die nicht fachlich in der Debatte eingebunden sind, ist das ja eine Geisterdiskussion. Wenn die Demografen uns sagen, dass die Bevölkerungskurve ab dem Jahre 2010 spürbar für alle abfällt, ist das ein Zeitraum, der für die meisten noch sehr weit weg ist. Aber wir müssen jetzt gemeinsam ein vernünftiges helfendes System etablieren.

► *Welche Maßnahmen wurden bislang nicht ausreichend gefördert? Könnten die Wohlfahrtsverbände mehr anbieten? Haben sie darüber hinaus Ideen?*

Schumacher: Sprache ist ein ganz wesentliches Element für Integration. Den Fremden, die in unser Land kommen, müssen wir Möglichkeiten zum Spracherwerb bieten. Rein rechnerisch: Wenn alle Zuwanderer die Möglichkeiten der Sprachkurse beanspruchen würden, wäre bereits heute das zur Verfügung stehende Geld nicht ausreichend. Da wäre auf Zukunft hin noch einiges wesentlich zu verbessern, rein quantitativ. Ausdrücklich begrüßen wir als Caritas die Forderungen, dass der Spracherwerb am Beginn von Integrationsanstrengungen eines jeden stehen muss, der in unser Land kommt. Das sehen wir weniger als Zwangsmaßnahme denn als eine Chance. Es muss aber ein System gefunden werden, das es ermöglicht, dass alle Neuzuwanderer möglichst unbürokratisch diese erste Integrationsmaßnahme dann auch in Anspruch nehmen können. ►



Rainer Schumacher ist Leiter der Fachbereichs „Integration und Rehabilitation“ im Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln.

Fotos: Lahrmann



Schwerpunkt

► **Miribung:** Auch die Bildungssituation für Jugendliche müsste nachhaltig verbessert werden. Scheinbar gelingt es nach jahrzehntelanger Zuwanderung und Erfahrung mit ausländischen Familien bislang nicht, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Ein weiteres Handlungsfeld wäre im Bereich von Frauen und Mädchen, die aufgrund von verschiedenen Faktoren besonders benachteiligt sind. In letzter Zeit werden viele Fördermittel in Projekte kanalisiert. Innovative Maßnahmen sind zwar sehr begrüßenswert, gehen aber zu Lasten der Regelförderung. Damit geht die Förderung in der Breite verloren. Das spüren wir vor allem so in ländlichen Gebieten.

Schumacher: Mit dem Faktor zwei kann man durchgängig fast alle Problemlagen der Migranten beschreiben. In etwa doppelt so hohe Arbeitslosigkeit, im Bereich des Schulversagens in etwa doppelt so schlecht. Wir haben heute die etwas paradoxe Situation, wie die Landesregierung in ihrem Bericht auch zutreffend darlegt, dass trotz etwas verbesserter Schulabschlüsse die Anzahl der Ausbildungsverträge von Migranten Jugendlichen in den letzten Jahren rückläufig ist.

Rütten: Wir haben bei der Senkung der Schulversagensquote einen gewissen Stillstand und wissen nicht, woran es liegt. In bestimmten Wohnvierteln ist diese Entwicklung besonders heftig, deswegen müssen wir überlegen, wie wir bestimmte Schwerpunkte setzen können, ohne wirklich das Angebot in der Fläche für alle entscheidend zu schwächen. Das wird eine spannende Herausforderung bei nicht neu zu druckendem Geld sein.

Integration durch Qualifikation ist die eine Seite. Ein anderer Aspekt ist Integration durch Partizipation.

Selbst diejenigen Migranten, die es schaffen, vernünftige Schulabschlüsse zu machen, die mit erheblichen Anstrengungen ihrer Familien zum Abitur gelangen, finden nicht unbedingt einen angemessenen Platz in der Gesellschaft. Hier gibt es Benachteiligungen, die darin liegen, dass man noch keine lange Familientradition hat, nicht über die gleichen sozialen Netzwerke verfügt. Wir brauchen Beteiligung auf allen Ebenen.

► *Was haben Sie für Erwartungen aneinander?*

Rütten: Ich wünsche mir, dass der Prozess der Neukonzeptionierung so mutig und behutsam fortgeführt wird, wie er angedacht ist. Es wäre blauäugig zu erwarten, dass bald die Regeldienste schon alles richten werden. Die Caritas sollte für Migrationsarbeit weiterhin die Unterstützung beibehalten, die sie bislang erfährt. Caritas tut sehr viel, und ohne diese Eigenmittel könnten wir nicht von dieser guten Infrastruktur im Land reden. Darüber hinaus habe ich noch eine inhaltliche Wunschvorstellung. Denn nicht erst seit dem 11. 9. wissen wir, dass der Dialog mit dem Islam lange Zeit nicht genügend konsequent praktiziert worden ist. Gerade Caritas als religiös ausgerichtete Organisation kann mit dazu beitragen, dass dieser Dialog eben nicht mehr die Ausnahme bleibt, sondern die Regel wird.

Schumacher: Migrationsarbeit hat in der Tat eine sehr lange Tradition in der Kirche. Diese Arbeit gehört mit zum Selbstverständnis unserer Kirche. Aber Caritas übernimmt Teilaufgaben auch in Verantwortung für diese Gesellschaft, und von daher wird es auch in Zukunft ohne öffentliche Mittel sicherlich nicht gehen oder dann in einem bedeutend bescheideneren Umfang. Es gibt keine Signale aus der Kirche, dass die Bereitschaft, in dieses Arbeitsfeld auch Kirchensteuermittel zu geben, nachlässt. Nur ist dieses ein partnerschaftliches Geben, das auch in Zukunft weiter in Absprache und in Abstimmung mit den gesellschaftlichen, politischen Kräften geschieht. Daher ist die öffentliche Förderung auch in Zukunft in keiner Weise verzichtbar.

Miribung: Die Erfahrung in den letzten Jahren und Jahrzehnten zeigt immer wieder, dass mit Stammtischparolen Politik betrieben wird. Man kann sehen, dass mit diesem Ausländer-Thema Wahlen gewonnen werden, zuletzt in Hamburg und Dänemark. Es ist wichtig, ein positives Klima zu schaffen, und dazu kann Politik beitragen, indem Ausländer oder Zuwanderer nicht als Schrecken hingestellt werden, sondern man muss auch in der Bevölkerung aufklärend wirken. ◀

Das Gespräch moderierte Markus Lahrmann.

Integration: Wer zahlt?

Personalkosten für Migrationsdienste der Caritas in NRW*

Eigenmittel
60,34 %



Zusätzlich geben die einzelnen Bistümer **Eigenmittel**, die keine Personalkosten sind, in einer Gesamt-Höhe von ca. **3,6 Mio. €** in die Migrationsarbeit.

*) Für Aachen: außer Kosten für Flüchtlinge. Für Essen: nur ausländische Arbeitnehmer, ohne Aus-siedler und Flüchtlinge. Diese zusätzlichen Summen waren zum Redaktionsschluss nicht bekannt.

Eine Chance für Flüchtlingskinder

Clearingstelle der Caritas klärt den Hilfebedarf ab

Von Harald Westbeld

Es passiert immer wieder: „Immer wenn es eine Krise gibt, dann spuckt es Flüchtlinge in alle Welt“, sagt Arnold Gladisch, Leiter des Förderschulwohnheims St. Michael in Telgte. Auch Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern meist von Schlepperbanden nach Deutschland eingeschleust werden.

Glück haben sie, wenn sie dann in die „Clearingstelle“ kommen, eines der Angebote des Caritas-Hauses. Ansonsten kann den „unbegleiteten Flüchtlingskindern“ passieren, dass sie in der mitunter rauen Welt eines Asylbewerberheims allein zurechtkommen müssen.

Rund 40 Kinder und Jugendliche nimmt St. Michael im Jahr auf und klärt mit den Jugendämtern, welche Hilfen notwendig sind, um ihnen eine Chance zu geben. „In der Regel sind es starke Persönlichkeiten“, weiß Gladisch, denn sonst hätten sie es kaum geschafft, allein so weit zu fliehen. Aus Afghanistan zum Beispiel, zurzeit mit neun Jugendlichen die stärkste Gruppe im münsterländischen Telgte.

Bei ihnen zeigen sich allerdings auch der ganze Unsinn des deutschen Ausländerrechts und die Willkürmöglichkeiten der zuständigen Bürokratie in Ausländer- und Jugendämtern. Den jungen Afghanen wird der Asylanspruch verweigert, weil die Taliban nur eine Bürgerkriegspartei seien und nicht der anerkannte Staat, insofern keine staatliche Verfolgung gegeben sei. Im übrigen bleibe ihnen die Möglichkeit, in die 20 Prozent des Landes zu flüchten, die nicht von den Taliban besetzt seien, so die Begründung bis vor den Terroranschlägen. Seitdem haben sich die Voraussetzungen wie bekannt geändert.

Die Folgen sind im Einzelfall gravierend: Einer aus der Afghanengruppe hat sein Abitur gemacht und einen Studienplatz in Steinfurt an der Fachhochschule gefun-

den. Studieren kann er aber nicht, da er keine Unterstützung erhält, seit er 18 ist, und keinen Anspruch auf BAföG hat. Sozialhilfe zu beziehen, lehnt er ab, da ihm dies dauerhaft die Chance nehmen würde, eingebürgert zu werden. Dafür, so Gladisch, ist nämlich Voraussetzung, „dass man einige Jahre frei von staatlicher Unterstützung lebt“. Nach wie vor wohnt er in St. Michael, auch wenn die Einrichtung kein Geld mehr für ihn bekommt, und nimmt an den Mahlzeiten teil. Dieser afghanische Flüchtling ist ein Beispiel dafür, wie die Clearingstelle die Weichen stellen kann für eine gute Zukunft in Deutschland, aber die deutschen Behörden dies vereiteln. In vier bis zwölf Wochen stellen die Mitarbeiter hier fest, was die jungen Flüchtlinge an Vorwissen mitbringen, in welche Schulklasse sie also gehen können, ob sie traumatisiert sind und eine Therapie benötigen und welche Förderkonzepte überhaupt notwendig werden. Und sie suchen – und finden manchmal – Angehörige, die Unterstützung geben können. Gemeinsam mit den Jugendämtern wird dann ein Hilfeplan vereinbart. Im Durchschnitt wird für vier Jugendliche pro Monat das weitere Verfahren geklärt. Die Jugendämter kennen die Clearingstelle in Telgte mittlerweile und vermitteln deshalb die Jugendlichen hierhin. Allerdings nicht alle, und nicht alle zeigen sich kooperativ. „Die Erfahrungen sind sehr unterschiedlich“, sagt Arnold Gladisch. Es gebe auch Ämter, die sehr restriktiv vorgehen bis dahin, „dass 16-jährige in Abschiebehaft genommen werden“.

Oder dass absurde Vorwürfe kommen: Bei einer jetzt 18-jährigen aus dem Kosovo muss sich St. Michael den Vorwurf gefallen lassen, „sie zu stark beheimatet zu haben“, sagt Gladisch. Zurzeit macht sie eine Ausbildung zur Krankenpflegerin in einer Ausbildungsstätte der Diakonie in Münster. Damit habe man sie getäuscht, dass sie hier bleiben und in Deutschland ihr weiteres Leben aufbauen könne. Sie soll – als Waise – zurück in die muslimische Männerwelt des Kosovo. Vorher, so sagt sie, bringt sie sich um, und Arnold Gladisch weiß: „Das ist ernst zu nehmen.“ ◀

Foto: Andre Zelck



Jede Bescheinigung kostet

Deutsche Behörden bremsen ehrenamtliches Engagement

Von Markus Lahrmann

Für die Ruhr Caritas ist es fast schon Routine, wenn wieder ein Konvoi mit Hilfsgütern nach Rumänien aufbricht. 1 800 Kilometer müssen die ehrenamtlichen Fahrer zurücklegen, um nach Ciacova in Rumänien zu gelangen. Hindernisse tauchen schon vorher dort auf, wo niemand damit rechnet.

Ein krasses Armutsgefälle innerhalb Europas wird auf Dauer direkte Folgen für die reichen Länder Westeuropas haben: rumänische Familie nahe Ciacova.

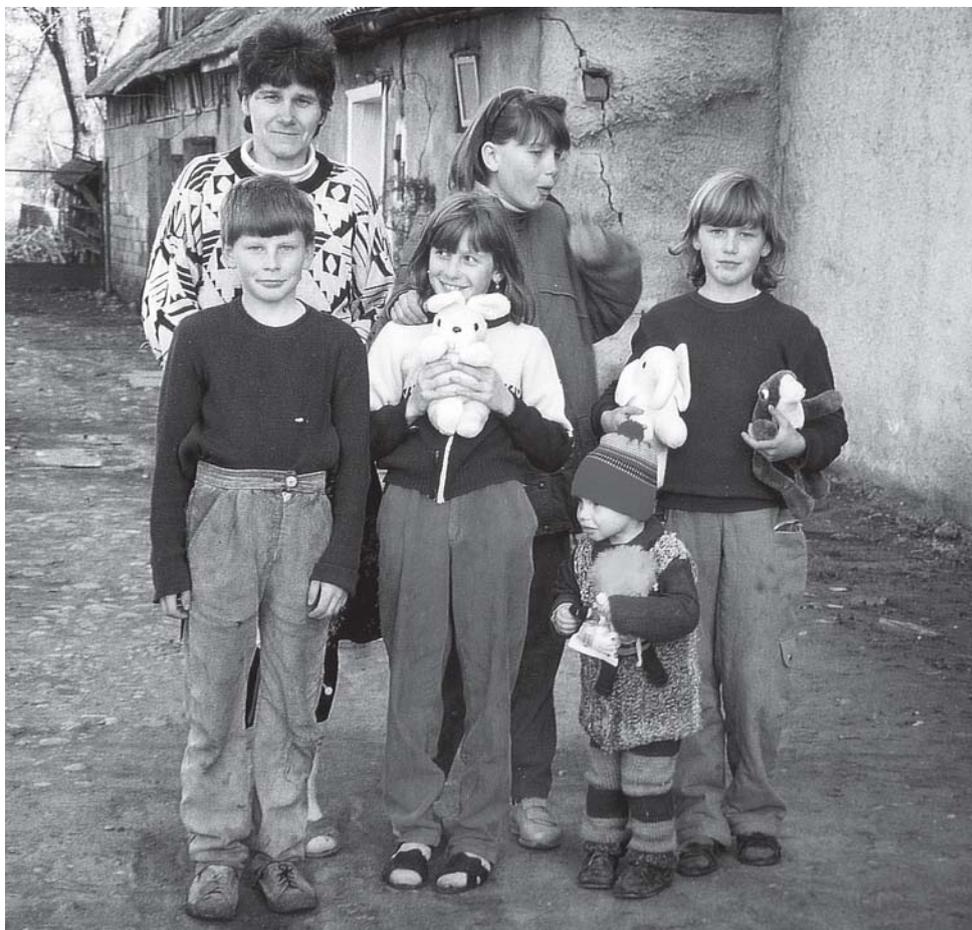
Fotos: Christoph Grätz

Die 52 Fahrer beim letzten Konvoi Ende November 2001 bringen Bettwäsche, 4 000 Schuhe für frierende Kinder, Kindernahrung, Baumaterialien, Bekleidung, medizintechnische Geräte, Medikamente und Verbandsmaterialien nach Rumänien.



Sogar Tieflader sind im Konvoi, die einen großen Bagger und zwei Gabelstapler mitnehmen. Über mehrere Länder hinweg musste für diesen Transport eine Sondererlaubnis eingeholt werden, weil diese Fahrzeuge Überbreite, Überlänge und Übergewicht haben. Aufgrund der guten Kontakte mit den dafür zuständigen Stellen, die sich aus einer mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit ergeben haben, lief alles problemlos ab. Hans Rosenkranz, logistisch erfahren als technischer Direktor des Oberhausener St.-Clemens-Hospitals und wie immer Organisator des Transportes: „Es berührt einen schon eigenartig, wenn Österreich und Ungarn die erforderlichen Sondergenehmigungen kostenlos erteilen und in Deutschland jede Bescheinigung oder Behördentätigkeit bezahlt werden muss.“ Und das, obwohl alle politisch Verantwortlichen ehrenamtliches Engagement fordern. „Wo bleiben der Einsatz und die Unterstützung der Kommunen?“, fragt Rosenkranz. Ehrenamtliches Tun werde von den Behörden nicht nur nicht gefördert und unterstützt, manchmal habe er den Eindruck, es sei auch nicht erwünscht. „Wenn man was erreichen will, so nur über die Instanzen“, sagt Rosenkranz.

Durch Hilfe aus Deutschland werden viele ansonsten ausreiseberechtigte Deutschstämmige in Rumänien motiviert zu bleiben. Die Kosten, die in Deutschland entstehen würden, deutschstämmige umzugsberechtigte Rumänen in Deutschland zu integrieren, sind weit aus höher als die, die entstehen, wenn auf Gebühren oder Straßenbenutzungskosten für diese Art von Hilfstransporte verzichtet würde – Zumindest Österreich und Ungarn haben das schon lange erkannt. ◀



Enormer Druck

Flächendeckend Bettenabbau in NRW-Krankenhäusern geplant

Von Markus Lahrmann

Die Zahl der Betten wird in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern um knapp 9 500 auf rund 109 500 abgebaut werden. Auf diese „maßvolle Anpassung“ der Bettenzahl haben sich die Beteiligten des NRW-Krankenhauswesens verständigt.

Gezerrt gibt es noch um die Frage, in welchen Regionen wie viel Betten abgebaut werden müssen. Dabei stehen zwei unterschiedliche Berechnungsformeln, das „Hill-Burton-Modell“ und das „Pflegetagevolumen-Modell“, zur Verfügung, nach denen einzelne Regionen mehr oder weniger Betten abbauen müssten. Nach jüngsten Informationen sollten diese Entscheidungen Ende Januar auf einer Sitzung des Landesausschusses für Krankenhausplanung fallen. Danach könnte der Landeskrankenhausplan konkretisiert werden. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hermann-Josef Arentz erwartet allerdings die Verabschiedung des neuen Krankenhausplanes erst im Jahr 2004.

Wohnortnahe Grundversorgung: Der geplante Bettenabbau entspricht einer Verringerung der derzeitigen Bettenzahl um acht Prozent. In den vergangenen zehn



Spritzen gehört auch in Zukunft zur Grundversorgung, aber teure Apparate-medicin wird in Zukunft stärker zentralisiert.

Foto: Caritas

Jahren sei die Auslastung der Betten von 85,36 Prozent auf 79,34 Prozent zurückgegangen, obwohl gleichzeitig mehr Menschen ein Krankenhaus aufgesucht hätten und die Zahl der Betten zurückgegangen sei, teilte NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer mit. Ab 2003 sollen pro 1 000 Einwohner durchschnittlich sechs Betten zur Verfügung stehen. Kein Krankenhaus soll nach den Vorgaben der Landesregierung für die Patienten weiter als 20 Kilometer entfernt sein.

Patienten in den ländlichen Regionen können allerdings in den wohnortnahen Hospitälern nur noch mit einer Grundversorgung rechnen, meint der Präsident der Krankenhausgesellschaft NRW, Rudolf Kösters. Bei fachspezifischen Behandlungen wie beispielsweise Schmerztherapie oder Frührehabilitation müssen sie in Zukunft einige Entfernungen in Kauf nehmen.

Die Diskussionen um den neuen Krankenhausplan gehen einher mit der Einführung des geplanten Fallpauschalensystems bei der Finanzierung der Hospitäler, die zu einer weiteren Bettenreduzierung führen könnte. Nach Auffassung von Kösters müssen sich die Krankenhäuser künftig als „integrierte Dienstleistungszentren“ auch für ambulante Angebote sehen. Denn der Wettbewerbsdruck wird enorm. ◀

Schröders gewählt

Burkard Schröders, Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Aachen, ist bei den Vorstandswahlen der Katholischen Akademie für Jugendfragen zum 2. Vorsitzenden gewählt worden. Er löste den langjährigen 2. Vorsitzenden Heribert Moersberger, Direktor der Hauptvertretung des Deutschen Caritasverbandes in Berlin, ab, der zur Wahl nicht mehr zur Verfügung stand. BDKJ-Bundespräsident Rolf-Peter Cremer wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

Mit der Konstituierung der veränderten Mitgliederversammlung vollzog die Katholische Akademie für Jugendfragen ihren letzten Schritt zur Neuentwicklung ihrer Arbeit. Der Sitz in Altenberg bei Köln war im Sommer letzten Jahres aufgelöst worden, gleichzeitig wurde die Vereinsstruktur verändert. Vertreter des Deutschen Caritasverbandes und des Jugendhaus Düsseldorf e.V. bilden den zukünftigen Rechtsträger der Katholischen Akademie. Der Verband der Diözesen Deutschlands und das Erzbistum Köln hatten sich aus der Trägerschaft zurückgezogen. ◀

Unverzichtbare Kraft

Wohlfahrtsverbände und Staat verstehen sich als Partner auf Augenhöhe

Turnusgemäß alle zwei Jahre wechselt der Vorsitz der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (LAG). Anlass für ein Gespräch mit Münsters Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann, der das Amt an der Spitze der Freien Wohlfahrtspflege Ende vergangenen Jahres abgegeben hat.

► *Welches Fazit Ihrer Amtszeit können Sie ziehen?*

In diesen zwei Jahren als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege konnte ich die positive Erfahrung machen, dass die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen als kompetenter Gesprächspartner in allen Fragen der Sozialpolitik und der sozialen Arbeit bei Verbänden, Institutionen und in der Politik gefragt ist. Dieses breite Themenspektrum kann aber nur deswegen so umfassend und fachlich qualifiziert bearbeitet werden, da die Gremien der Arbeitsgemeinschaft (Vorstand, Hauptausschuss und Mitgliederversammlung) fachlich durch den kontinuierlichen, verbandsübergreifenden Austausch und die Beratungen in den Arbeitsausschüssen unterstützt werden. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass die Kombination von fachlichen und (verbands-)politischen Diskussionssträngen für eine gründliche Bearbeitung der schnell wechselnden unterschiedlichen Themen sorgt, gleichzeitig durch die jeweilige Fachexpertise in der Regel die notwendige Flexibilität und Schnelligkeit sichergestellt werden kann. Beeindruckend war darüber hinaus für mich das hohe Maß an Übereinstimmung sowohl in vielen fachlichen Positionen als auch in der grundsätzlichen Option für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft. Diese Übereinstimmung im Grundsätzlichen wurde z. B. auch deutlich bei der konsequenten Ablehnung des Importes von menschlichen Stammzellen zur gentechnischen Forschung.

Auf dieser Grundlage war es dann auch in der Zeit meines Vorsitzes möglich, in einigen aktuellen politischen Grundsatzfragen, wie z. B. dem Kommunalisierungsthema, gemeinsame Positionen der Freien Wohlfahrtspflege zu entwickeln und für die Interessenvertretung, z. B. im Rahmen der Haushaltsberatungen, zu nutzen.



Heinz-Josef Kessmann
war bis Ende 2001
Vorsitzender der LAG
Freie Wohlfahrtspflege.

► *Wie war das Verhältnis der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zur Landesregierung und zu nachgeordneten Behörden? Gelingt den Verbänden die manchmal notwendige Abgrenzung zu Wünschen und Direktiven der öffentlichen Hand?*

Das Verhältnis der LAG zur Landesregierung und zu den nachgeordneten Behörden ist in Nordrhein-Westfalen von einer stabilen Partnerschaft geprägt. Diese Partnerschaft ist getragen von der gemeinsamen Überzeugung, dass die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege eine unverzichtbare Kraft zur sozialen Gestaltung der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen darstellen. In manchen aktuellen Bezügen entsteht allerdings der Eindruck, dass diese Grundüberzeugung in der letzten Zeit an Prägekraft verliert. Umso notwendiger bewerte ich die gemeinsame Erarbeitung grundsätzlicher sozialpolitischer Positionen, wie sie in den letzten Jahren in der Freien Wohlfahrtspflege begonnen wurde und wie sie zukünftig weiter voranzutreiben sein wird.

Zu dem beschriebenen partnerschaftlichen Verhältnis würde es aber nicht passen, wenn sich die Wohlfahrtsverbände als Erfüllungs- oder Umsetzungsgehilfen staatlichen Denkens und staatlicher Vorstellungen verstehen würden. Unsere Partnerschaft lebt auch vom Konflikt und der interessengeleiteten Auseinandersetzung über den bestmöglichen Weg der Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Diese Kontroversen finden z. B. regelmäßig ihren Niederschlag in den Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung. Unterschiedliche Interessenlagen werden aber auch deutlich in einer Vielzahl von Ausschüssen und Arbeitsgruppen, die der konkreten Ausgestaltung z. B. von Förderprogrammen dienen.

- *Wohlfahrtsverbände sind freie Träger mit großem ehrenamtlichem Potenzial und eigenen Überzeugungen. Bleiben sie unverwechselbar?*

Das ehrenamtliche Potenzial der Freien Wohlfahrtspflege hat natürlich gerade im eben zu Ende gegangenen Internationalen Jahr der Freiwilligen eine große Rolle gespielt. Es ist uns an verschiedenen Stellen gelungen, deutlich zu machen, welche Bedeutung bürgerschaftliches Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege hat – sei es als klassisches Ehrenamt, als Engagement in der Selbsthilfe oder als freiwillige Tätigkeit für andere. Ich freue mich, dass durch die Vereinbarung über einen „Nachweis über das soziale Ehrenamt“ das Internationale Jahr der Freiwilligen wenigstens eine konkrete Konsequenz gefunden hat. Gerade mit Blick auf den Landeshaushalt hätten wir uns natürlich stärkere Unterstützung z. B. bei der Qualifizierung ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeit gewünscht; aber diese Schwierigkeit mit den konkreten Konsequenzen ist wohl das Los solcher thematisch ausgerichteten Jahre. Daher war es für uns in der Freien Wohlfahrtspflege auch sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass ehrenamtliches Engagement in den Verbänden auf eine lange und erfolgreiche Tradition zurückblicken kann. Ehrenamtliches Engagement ist ein zentrales Bestimmungsstück des Profils der Freien Wohlfahrtspflege – und gleichzeitig ein gewichtiges Argument im Wettbewerb mit den privaten Anbietern.

- *Wie kann es gelingen, sozialpolitische Themen stärker öffentlich zu diskutieren?*

Die ständigen Modernisierungsprozessen unterworfenen Gesellschaft steht vor wichtigen sozialpolitischen Herausforderungen. Dazu erinnere ich an die aktuellen Fragen der Weiterentwicklung des Gesundheitssystems oder der Altenpolitik. Diese Herausforderungen werden sich nur dann bewältigen lassen, wenn es gelingt, Lösungen im gesellschaftlichen Diskurs zu entwickeln und so für eine breite gemeinsame Basis der Akzeptanz zu sorgen. Dazu braucht es Öffentlichkeitsarbeit – in grundsätzlichen und in aktuellen Fragestellungen. Die LAG hat, wie in der Vergangenheit auch, ihre Rolle vor allem in der Diskussion mit der Fachöffentlichkeit gesehen. Dazu dienten Fachveranstaltungen, Workshops, Stellungnahmen und gemeinsame Veröffentlichungen. Auf der Basis der verabschiedeten Selbstdarstellung wurde dann auch der Einstieg in eine Internet-Kommunikation beschlossen. Die Information und der Einbezug breiter Bevölkerungskreise in die

Diskussion um die sozialpolitischen Herausforderungen sind in meinen Augen insbesondere die Aufgabe der einzelnen Verbände und ihrer Untergliederungen vor Ort.

- *Was wünschen Sie für die Zukunft der LAG?*

Für die Landesarbeitsgemeinschaft wird es auch zukünftig wichtig sein, die unterschiedlichen Blickwinkel in der sozialen Arbeit miteinander zu vermitteln: die fachliche Perspektive, die Interessenlage der Träger und die Bedürfnisse der betroffenen Menschen und ihrer Angehörigen. Wenn dies auch weiterhin gelingt, wird die Freie Wohlfahrtspflege ihren Stellenwert als verbandlich organisierte Form der sozialen Arbeit und als Anwalt der Betroffenen behalten und auch zukünftig – möglicherweise unter erschwerten Rahmenbedingungen – ihren unverzichtbaren Beitrag zur Gestaltung der sozialen Landschaft in Nordrhein-Westfalen leisten können. ◀

Fragen von Markus Lahrmann

Ehrenamts-Nachweis

NRW würdigt ehrenamtlich erworbene Kompetenzen

Als erstes Bundesland erkennt Nordrhein-Westfalen das Engagement von sozial tätigen Ehrenamtlichen mit einem schriftlichen „Nachweis“ an.

Dieser Beleg über die geleistete Arbeit und erworbene Fähigkeiten soll Freiwilligen auch beruflich von Nutzen sein, betonte die Landesfamilienministerin beim Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Land und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege sowie den Arbeitgebern. Seit Anfang Januar können Ehrenamtliche auf eigenen Wunsch vom örtlichen Trägerverband ein „Zeugnis“ erhalten, das neben den persönlichen Grunddaten und freiwilligen Tätigkeiten auch Angaben über eine Teilnahme an Fort-

und Weiterbildung enthält. In NRW sind schätzungsweise 250 000 Ehrenamtliche sozial tätig. Bundesweit engagieren sich Schätzungen zufolge 20 Millionen Menschen ehrenamtlich. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Freien Wohlfahrtspflege, Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann, soll dieser Nachweis den Ehrenamtlichen vor allem Dank und Anerkennung aussprechen. Er sei kein „Arbeitszeugnis“, obwohl im Ehrenamt viele für das Berufsleben erforderliche Kompetenzen wie pädagogische und psychologische Kenntnisse oder organisatorische Fähigkeiten erworben werden. Der Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände NRW, Bernhard Keller, wertete den Nachweis als „großes Plus“ bei einer Bewerbung. *M.L.* ◀



Zwischen Armut und Reichtum

Von Margret Rutte

„Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen 50 Jahren nie ernsthaft und kontinuierlich mit dem Thema Armut beschäftigt.“ Markige Worte von Professor Dr. Christoph Butterwegge zum Auftakt des Studientages im Aachener Haus der Caritas.

Nach Butterwegges Ansicht werde das Thema Armut nur saisonal durch die Medien oder politische Vertreter skandalisiert oder zu Spendenaktionen genutzt. Vor Erzieherinnen und Erziehern aus dem Bistum Aachen warnte der Wissenschaftler davor, Armut zu bagatellisieren, zu verharmlosen oder herunterzuspielen. Der Wissenschaftler erläuterte, dass sich die Gesellschaft in der Bundesrepublik nie direkt mit dem Thema Armut beschäftigt habe. Sie dränge es an den Rand oder stelle es weit weg, z. B. in der Dritten Welt, dar. Armut werde als selbstverschuldetes Phänomen angesehen, frei nach der Devise: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Dabei kommen stärkere Menschen weiter, und schwächere bleiben eher auf der Strecke. Dieses Bild und Konzept geht davon aus, dass der Lebensverlauf der Menschen nicht mehr nach festgelegten Biografien abläuft, sondern sich individuell ganz unterschiedlich entwickelt.



Der Wissenschaftler Christoph Butterwegge und Mariele Düren-Lukomsky, Referentin für Kinder im Aachener Haus der Caritas
Foto: Gerd Schnitzler

Demzufolge hat sich die lebensraumorientierte dynamische Armutsforschung entwickelt, die Armutsentwicklungen, Stigmatisierung und Verelendung nach Auffassung Butterwegges eher verharmlost, weil individuelle Armutszeitverläufe im Vordergrund stehen und gesellschaftliche Zeitverläufe und Entwicklungen eher ausgeblendet werden. Eine nur einkommensbezogene Analyse von Armut reicht nicht aus, da lebenslagenorientierte Konzepte und qualitative Aspekte stärker berücksichtigt werden müssen.

Armut schädigt die Gesundheit

Butterwegge sieht die Aufgabe der Wohlfahrtsverbände in der öffentlichen Besetzung dieses Themas, da Armut immer noch aus dem öffentlichen Diskurs ausgeblendet werde. Er fordert hier eine klare und mehr öffentliche Standortbesetzung der Verbände. Nach Ansicht Butterwegges ist Armut zunächst ein Ereignis, kein fester Zustand von Personengruppen. In den Lebensläufen der Menschen gebe es bestimmte Armutsphasen. Aktuell seien besonders bei Krankheit neue Formen von Verarmung und Verelendung festzustellen. Die bisherige Armutsforschung nehme lediglich die individuelle Entwicklung in den Blick. Der Globalisierungsprozess führe zur Spaltung der sozialen Strukturen. Armut sei daher eine Begleiterscheinung des Globalisierungsprozesses.

Kinderarmut

Kinderarmut konzentrierte sich auf zwei Haushaltstypen: Alleinerziehende und Mehrkinderfamilien. Materielle und soziale Armut wirke sich immer auf die Gesundheit der Kinder aus, warnte Butterwegge. Er verwies auf den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Und er forderte von den Betreuungsinstitutionen für Kinder gesundheitsfördernde Konzepte und eine an den Lebenslagen der Kinder und Familien orientierte pädagogische Arbeit und Angebote.

Im Bistum Aachen befinden sich derzeit zehn Kindergärten in einer Projektphase, in der die Lebensraumbefragung der Kinder und Familien bereits abgeschlossen wurde. Die Einrichtungen sind momentan mit der Umsetzung der Analysen und den daraus resultierenden Notwendigkeiten im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kindergärten befasst. Die Fachberatung des Caritasverbandes legt in ihrer Tätigkeit eine Priorität auf die Bedürfnisse sozial benachteiligter bzw. von Armut betroffener Kinder und Familien. ◀

Erziehungsstress im Alltag

Caritas bietet Arbeitshilfe zu Erziehungsproblemen an

**Ärger und Stress mit den lieben Kleinen – wer kennt das nicht?
Der rechte Umgang mit dem Phänomen ist nicht nur Glückssache.**

Den Erziehungsstress im Alltag zu „managen“, haben sich Erzieherinnen aus 60 katholischen Tageseinrichtungen für Kinder gemeinsam mit ca. 200 Eltern zur bewussten Aufgabe gemacht. Im Rahmen eines dreijährigen Projektes in Kooperation zwischen dem Caritasverband für das Bistum Aachen und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf erlebten Erzieherinnen und Eltern unter wissenschaftlicher Begleitung die Auswirkung ihres Verhaltens auf das der Kinder. Austausch in Gesprächsgruppen, gezielte Überlegungen zur Wahrnehmung und die Erfahrung, dass auch andere Eltern Erziehungsprobleme haben, ließen die Bereitschaft zur Veränderung bei den Erwachsenen ent-

stehen. Erkenntnisse aus der Stressforschung und über die Selbstwirksamkeit, die Menschen sich zuschreiben, bildeten die Basis für die Entwicklung von Arbeitsmaterial, das zu Gruppenaktivitäten, aber auch zum Selbststudium anregen soll.

Das Arbeitsbuch, das der Caritasverband in enger Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Christine Schwarzer erarbeitet hat, ist im Referat Tageseinrichtungen für Kinder, Tel.-Nr. 02 41 / 4 31-1 15, im Caritasverband für das Bistum Aachen zum Preis von 15,00 € erhältlich. ◀
Gerd Schnitzler



Nach dreijähriger Kooperation zwischen der Heinrich-Heine-Universität und dem Caritasverband präsentieren Prof. Dr. Christine Schwarzer (vorne mit Plakat) und Abteilungsleiterin Monika Brams (zweite v. l. / hinten) zusammen mit Studenten und Mitwirkenden aus der Caritas ihre Arbeitsergebnisse.

Selbstbewusstsein trainieren

WenDo-Kurs für körperbehinderte junge Frauen im Aachener Vinzenz-Heim

Aachen. Es war bereits das dritte Mal, dass im Vinzenz-Heim, einer Einrichtung zur Rehabilitation von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen, ein Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurs für körperbehinderte junge Frauen stattfand. Unter der Anleitung von zwei Sozialpädagoginnen konnte der WenDo-Kurs mit Spendengeldern der Aktion „Lichtblicke“ und einer Privatspende im Vinzenz-Heim angeboten werden. Die Situation für behinderte Frauen, an regulären Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskursen teilzunehmen, ist in Aachen schwierig. Deshalb holte man erneut die beiden Kölner Trainerinnen nach Aachen, denn sie greifen auf eine langjährige Berufserfahrung zurück.

Diese Art der Selbstverteidigung aus den USA und Kanada, die es seit etwa 25 Jahren gibt, ist speziell für Frauen konzipiert und wird auch nur von Frauen ge-

lehrt. WenDo leitet sich aus dem englischen „women“ und dem japanischen „do“ ab. Übersetzt heißt es so viel wie „Weg der Frauen“. Wichtig für die jungen Frauen ist, Selbstbewusstsein aufzubauen und zu lernen, „nein“ zu sagen, wenn ihre Würde verletzt wird. Hierbei stehen nicht nur direkte körperliche Angriffe im Vordergrund, sondern auch die alltäglichen Situationen, in denen sich behinderte Frauen durchsetzen müssen. ◀

Irene Louis





Caritatives Engagement

Wie steht es mit den Jugendlichen?

Von Karl-Heinz Ruland

Auch unter Jugendlichen ist die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement überraschend hoch. Das hat eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie eindrucksvoll belegt.

Inzwischen wird auch in der Arbeit der Caritasverbände im Bistum Aachen sichtbar, dass gerade bei Jugendlichen beachtliche Engagementpotenziale vorhanden sind. Zusammenfassend vertritt Ingrid Plasse, Referentin für den Bereich Gemeindecaritas im Caritasverband für das Bistum Aachen, zum zurückliegenden Internationalen Jahr der Freiwilligen den Standpunkt, dass im Jahr 2001 hierzu wichtige Beispiele und Anhaltspunkte gewonnen worden seien, mit denen jetzt weitergearbeitet werden müsse. Beeindruckt haben sie u. a. die Ergebnisse eines Wettbewerbs, den der Heinsberger Caritasverband und die im Geilenkirchener Freiwilligenzentrum mitbeteiligten Organisationen organisiert haben. Bei dem für den Bereich des Freiwilligen-

genzentrums Geilenkirchen ausgeschriebenen Wettbewerb seien Jugendliche angesprochen worden, die sich entweder bereits freiwillig engagieren oder aber Ideen haben, wie sich Jugendliche auf ein freiwilliges Engagement hin ansprechen lassen.

Unter dem Thema „Helfen? Logo!“ seien insgesamt von 53 Jugendlichen Bewerbungen eingereicht worden. Ein 16-jähriger habe ein Brettspiel „Spiel des Ehrenamtes“ entwickelt, für das sich bereits ein bekannter deutscher Spielehersteller interessiert. Bemerkenswert sei auch ein Rap-Song, der in jugendeigener Sprache vermittele, dass Ehrenamt heute „voll cool“ sei. Weiterhin habe ein großer Teil der Bewerber eine hohe Kompetenz für „die neuen Medien“ gezeigt, um andere Jugendliche zu erreichen. Beispielsweise über eine Internet-Homepage zum „Offenen Treff für Jugendliche“, die über aktuelle Angebote und Aktionen informiert und zum Mitmachen anregt.

Junge Menschen, so Ingrid Plasse, zeigen Engagementbereitschaft, wenn ihre Selbstentfaltungspotenziale geweckt werden und ihnen durch „Spaß am Helfen“ eine Chance für selbstständiges und eigenverantwortliches Handeln ermöglicht wird. Unter solchen Bedingungen zeige sich, dass Jugendliche gerne auch „Verantwortung“ übernehmen. ◀

SKM in Eschweiler feierte 80-jähriges Jubiläum



V. l. n. r.: Dieter Cremer, Konrad Matthys, Karin Heritsch, Rolf Lodde, Bernhard Grümmer, Dieter Karduck, Hans Imping
Foto: Cremer

Der SKM Eschweiler – Kath. Verein für soziale Dienste in Eschweiler e.V. – feierte am 18. 11. 2001 sein 80-jähriges Jubiläum mit einer Festmesse, anschließenden Grußworten, Darstellung der Historie und Gegenwart des SKM sowie der Verleihung von drei SKM-Ehrennadeln durch Rolf Lodde, Generalsekretär des SKM. „Wir sind froh, dass es Sie in dieser Stadt gibt und dass Sie sich mit Ihren ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Menschen in Not und Bedrängnis engagieren“ – so Karin Heritsch, Referentin für die Koordination der Fachverbände im Bistum Aachen, bei ihrem Grußwort. Konkret gehören zu den Aufgaben des SKM Eschweiler die Allgemeine Soziale Beratung, Beratung und Hilfe in Erziehungsfragen, Hilfe für wohnungslose Menschen, ein Besuchsdienst in mehreren Altenheimen, Hospizarbeit, Beratung und konkrete Hilfe für Menschen, die verschuldet sind. ◀

Anzeigenseite



Sammeln für Afghanistan

Aachen. Das Bistum Aachen und der Caritasverband haben im November einen großen Spendenaufruf für die Flüchtlingshilfe Afghanistan gestartet. Über 500 Pfarrgemeinden, aber auch Altenheime, Sozialstationen, Krankenhäuser und Kinderheime wurden von Generalvikar Manfred von Holtum und Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders um großzügige Unterstützung der Hilfsmaßnahmen von Caritas International für die Flüchtlinge gebeten. Mit eigenen Plakaten wurde von Krefeld bis Blankenheim für die Aktion geworben. ◀



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Weiterbildungskurses für Wohn- und Pflegegruppenleitungen im Bistum Aachen.

Zweijährige Ausbildung abgeschlossen

Herzogenrath. November 2001 endete der 7. Weiterbildungskurs für Wohn- und Pflegegruppenleitungen im Bistum Aachen. 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten an der zweijährigen Fortbildung des Caritasverbandes in Kooperation mit dem Generalvikariat teilgenommen. Im Mittelpunkt der Weiterbildung standen die prozesshafte Entwicklung der Teilnehmer als Leitung, bezogen auf Qualitätssicherung und Entwicklung in Altenheimen, und die dazugehörige Mitarbeiterführung. Der 8. Weiterbildungskurs, der im Februar 2002 beginnen wird, ist bereits ausgebucht. ◀

Jürgen Spicher

Ehrungen

► Für ihre caritative Tätigkeit haben folgende Personen das **Goldene Ehrenzeichen des Deutschen Caritasverbandes** erhalten:

26. Okt. 01: **Willibald Leufgens / Karin Plum / Irmgard Knappe / Elisabeth Schwardt / Hannelore Steinheuer / Hubert Schüller / Dr. Hanfried Grüne / Welida Masic**, Bethlehem-Krankenhaus, Stolberg

16. Nov. 01: **Angelika Holland-Hohmann**, Caritas-Wohnstätten GmbH

22. Nov. 01: **Emma Grün / Willie Rögels / Reiner Michels**, Pfarre St. Nikolaus, Brüggem

30. Nov. 01: **Mary Braunschweig**, Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.

► Für ihre caritative Tätigkeit haben folgende Personen das **Silberne Ehrenzeichen des Deutschen Caritasverbandes** erhalten:

23. Okt. 01: **Georg Bremekamp / Joachim Griebel Ingrid Herzog / Resi Mathias / Rosemarie Schönfelder / Dr. August-Wilhelm Schmücker / Petra Weith**, St.-Antonius-Hospital, Eschweiler

26. Okt. 01: **Ute Schlottke / Brigitte Ulrich / Maria Nicoll / Jutta Lewendel / Charlotte Hallmann**, Bethlehem-Krankenhaus, Stolberg

27. Okt. 01: **Pfarrer Dr. Peter Jöcken**, Pfarre St. Martinus, Jülich-Kirchberg

19. Nov. 01: **Gudrun Tiburzy / Margret Distelrath Heinz Kuschel**, Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.

22. Nov. 01: **Elisabeth Wilms / Christa Optenplatz Gisela Müller / Maria Böken / Ruth Coenen / Hildegard Stroucken**, Pfarre St. Nikolaus, Brüggem

28. Nov. 01: **Sibille Schumacher / Rosemarie Rudnik / Anni Zöhren / Anni Semenov / Beate Wimmers / Käthe Willemsen / Renate Jansen / Gerta Hofer / Gisela Hansen / Gerda Brunen / Helene Gansweidt / Magdalene Kerkhoff / Christa Seiler / Henny Lennartz / Elisabeth Römer**, Pfarre St. Rochus, Rath-Anhoven

6. Dez. 01: **Hedwig Höfert / Margit Beissel-Maschke / Friedrich Stamperius / Irene Louis / Barbara Tondorf**, Vinzenz-Heim, Aachen

11. Dez. 01: **Doris Diefenthal**, Caritas-Wohnstätten GmbH

„Kommt, wir singen was von Gott!“

Eindrücke einer Ferienfreizeit

Von Thomas Rünker



Sie waren für eine Woche in Holland in den Ferien. Jetzt sitzen sie um den Tisch, lachen, schwatzen und schauen Erinnerungsfotos: „Weißt du noch ...?“ Einen weiten Weg hatten sie nicht, denn die 6- bis 17-Jährigen kommen allesamt aus der Nachbarschaft, aus den Häusern des „sozialen Brennpunkts Klosterhardt“, einer Obdachlosensiedlung, in der Sozialarbeiterin Sigrid Klein Reesink für die Caritas in Oberhausen arbeitet.

Ein Selbstversorgerhaus im holländischen Roden war das Ferienzuhause für den Klosterhardt-Nachwuchs und seine drei Betreuer. Von dort zog die vor allem altersmäßig bunt gemischte Truppe zu den täglichen kleinen Lager-Abenteuern los. Besonders die Nachtwanderung hat schwer Eindruck hinterlassen. „Nach und nach haben sich die Kinder im Wald immer enger an uns gedrängt“, erzählt Betreuerin Dagmar Kipp. „Und irgendwann meinte Manuel dann: ‚Kommt, wir singen was von Gott!‘“ Jetzt sitzt Manuel (11) am Tisch und grinst. Die 16-jährige Annika schwärmt vom Tag im Erlebnisbad, von Rutsche und Wildwasserbahn, und alle stimmen nickend zu, schwelgen in Erinnerungen. „Geil war auch das lange Ausschlafen“, sagen sie.

Als die Kinder wieder weg sind, lehnen sich Sigrid Klein Reesink, Dagmar Kipp und Matthias Schildberger – Ex-Zivi und der Dritte in der Betreuerrunde – entspannt zurück. „Die Kids waren dieses Mal richtig gut drauf“, sind sie sich einig. Bei der Reise zuvor habe

es viel mehr Probleme gegeben, erinnert sich Sigrid Klein Reesink, zum Beispiel mit Koch- und Haushaltsdienst oder der Freizeitgestaltung. Kein Wunder – auch Ferien machen will gelernt sein. Gerade für Kinder, die den größten Teil der Sommer-schulfrei-Wochen wegen der knappen Kasse der Eltern oder der fehlenden sozialen Kontakte kaum außerhalb der Wohnanlage verbringen und bei denen feste Tagesstrukturen und geregelte Mahlzeiten längst nicht „normal“ sind. Jetzt aber in der Ferienfreizeit lief's wie am Schnürchen, fanden sich sogar freiwillig Kochgruppen und Teams für den Haushaltsdienst.

Vor allem der unproblematische Kontakt zwischen „Groß“ und „Klein“, zwischen Mädels am Ende der Pubertät und Grundschuljungs würde wohl jeden erfahrenen Jugendleiter in Staunen versetzen. „Das ist etwas, was nur hier funktioniert“, erklärt Sabine Köther, Dienststellen-Leiterin im zuständigen Caritas-Zentrum Oberhausen-Osterfeld. „Wenn sich hier herumspricht, dass bei einer Familie ein Hausbesuch vom Amt ansteht, treffen sich alle Frauen der Nachbarschaft zum Wohnungsputz.“ Sie sind halt eine mehr oder weniger verschworene Gemeinschaft, die 95 Bewohner des „Brennpunkts Klosterhardt“, vereint in dem gemeinsamen Schicksal, dass sie irgendwann einmal – meist wegen Schulden – die eigene Wohnung nicht mehr bezahlen konnten und daraufhin von der Stadt eine der 25 Wohneinheiten in den drei zweistöckigen Klinkerblocks zugewiesen bekamen. ►

Das Miteinander von großen und weniger großen Jugendlichen klappt bei einer festen Tagesstruktur, in der Teams ihre Aufgaben haben, besser als zu Hause.



- ▶ Eigentlich sollte Klosterhardt für sie nur eine Aufangstation sein, ein Zwischenstopp auf dem Weg zurück in ein Leben mitten in der Gesellschaft. Doch die Realität ist eine andere: Weil das Leben im „Brennpunkt“ vergleichsweise attraktiv ist, wollen nur wenige Bewohner „raus“. Viele haben sich längst ein nettes Zuhause geschaffen, haben Gardinen vor den Fenstern und eine Bank vor der Tür.

Kontinuität und ein direkter Draht

„Während andere Obdachlosenunterkünfte aufgelöst werden, soll Klosterhardt erhalten bleiben“, weiß Sabine Köther. So wird die Caritas wohl auch weiterhin das tun, was sie dort schon seit über 20 Jahren tut: „Gemeinwesenarbeit“. Neben der eigenen Kindertagesstätte organisieren die Sozialarbeiter dabei vor allem Treffpunkte für die Bewohner. Orte, wo Austausch und Kontakt möglich sind, etwa in der Koch- oder in der Frauengruppe. Absolute Priorität hat aber die Arbeit mit den rund 30 Kindern und Jugendlichen. Mit gezielter Förderung sollen wenigstens einige von ihnen irgendwann – z. B. mit einer Berufsausbildung – den Absprung schaffen. Unabdingbar dafür ist ein guter Schul-

abschluss. Um den kümmert sich Sigrid Klein Reesink schon seit Jahren mit einer Hausaufgabenbetreuung für die Klosterhardt-Schüler, die nach der Grund- in der Regel die Haupt- oder die Sonderschule besuchen. Natürlich sind die Kinder der Siedlung nicht weniger intelligent als anderswo – „aber der Wissensstand ist einfach geringer“, erklärt Sabine Köther. Darüber hinaus ist die fehlende Motivation das größte Problem.

Da helfen nur kontinuierliche Arbeit und ein enger Draht zu Kindern und Eltern. Den hat Sigrid Klein Reesink. Immer wieder steht sie bei Eltern auf der Matte, macht ihnen die Bedeutung von Schule und Ausbildung klar. Auch holt sie manchen „Pappenheimer“ ihrer Schüler schon mal persönlich zum Förderunterricht ab, wenn der eigentlich die Glotze vorziehen würde. Der Lohn der Mühen ist eine besondere Vertrauensbasis, die die Sozialarbeiterin in der Siedlung genießt. Die meisten Eltern hören auf ihre Ratschläge, „und wenn es Zeugnisse gibt, kommen die Kinder damit oft erst einmal zu mir“, erzählt sie. Und wenn dann da mal wieder eine „2“ steht oder gar ein Schulabschluss gefeiert werden kann, dann wissen die Betreuer, dass sich ihre Mühe wieder gelohnt hat. ◀



Unser Bild zeigt v. l.: Branko Wositsch, Abteilungsleiter für Soziale Dienste bei der Caritas in Hattingen/Schwelm; Andreas Meiwes, Direktor der Caritas im Ruhrbistum; Friedhelm Jansen, Direktor der Caritas Hattingen/Schwelm; Prälat Heinz Dittmar Janousek, Vorsitzender des Caritasverbandes Hattingen/Schwelm; Tanja Große Munkenbeck, Mitarbeiterin der Suchtberatung in Hattingen/Schwelm, sowie die Künstlerin Angelika Uhlenbruch. Foto: Christoph Grätz

Märchenmobil vor dem Start

In den nächsten Wochen soll es nun endlich anrollen – das Märchenmobil bei der Caritas im Kreisdekanat Hattingen/Schwelm (*wir berichteten*). Sein Einsatzzweck: Kinder im Spiel stark und widerstandsfähig zu machen für alle möglichen Suchtgefahren. 18 Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit sowie Mitarbeiter aus den Sucht- und Drogenberatungsstellen packen mit an. Das Mobil selbst ist ein umgebauter, fantasievoll und „Potter-like“ von der Künstlerin Angelika Uhlenbruch bemalter Bauwagen mit großen wegklappbaren Flügeltüren, Regalen, Schränken und einer Sitzecke. Für letzte Arbeiten vor dem Start hat die Caritas-Stiftung im Ruhrbistum jüngst noch einmal 9 300 Mark spendiert, was mit einer symbolischen Scheckübergabe öffentlich gefeiert wurde. ◀

Große Nachfrage

Eine Kur für Vater und Kind

Auch Väter sollen jetzt die Chance auf eine Kur bekommen, wenn sie selbst oder ihre Kinder krank sind. Bei einem Drei-Wochen-Aufenthalt in der gesunden Luft des Hochsauerlands können Väter dabei mit ihren Kids neue Kräfte sammeln und sich wieder fit trimmen.

Mit dem Kurangebot, das für NRW neu ist, reagiert die Ruhr Caritas und ihre 14 Beratungsstellen auch auf die sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen. „Die Nachfrage ist groß“, weiß Caritasdirektor Andreas Meiwes. So schlüpfen immer mehr Männer in die Rolle als „aktiver“ Familienvater, als allein erziehender Vater, als geschiedener Vater, als Stiefvater. Männer erleben, so die Erfahrungen, den Erziehungs- und Haushaltsstress oft als überfordernd, würden darüber krank.

Das Angebot im Caritas-Kurhaus in Bestwig-Berlar steht für alle Männer offen, die Kinder zwischen drei und zehn Jahren haben. Besonders Männer mit Kreis-



lauf-, Bronchial- und Hauterkrankungen sind in dem Kurhaus im Hochsauerland gut aufgehoben. Das gilt auch für Kinder mit Allergien und Atemwegserkrankungen. In der Vater-Kind-Kur werden sowohl die körperlichen als auch die seelischen Beschwerden fachgerecht behandelt.

Kosten werden geteilt

Voraussetzung für einen Aufenthalt ist eine ärztlich nachgewiesene „Kurbedürftigkeit“. Nicht generell übernehmen die Krankenkassen die Kosten. Ein Eigenanteil von rund 9 Euro ist pro Versicherten und Tag unumgänglich. Ein Kur-Termin ist in diesem Jahr noch frei: Vom 29. Oktober bis zum 19. November sind Väter und ihre Kinder im Kurhaus St. Altfrid in Bestwig-Berlar willkommen. ◀

Die Caritas reagiert auf veränderte Rollenmuster, die langsam um sich greifen.

Foto: DICV

Illegale: Neues Bewusstsein nötig?

Fachgespräch zeigte Probleme von illegal lebenden Migranten auf

„Leben in der Illegalität in Deutschland“, war das Thema eines „Fachgesprächs“ in Essen zwischen Vertretern der katholischen Kirche und Vertretern staatlicher Stellen, Landespolitikern, Unternehmer-, Gewerkschafts- und Arbeitsamtvertretern. Nach Einschätzung der Hauptreferentin Schwester Cornelia Bührle, erzbischöfliche Beauftragte für Migrationsfragen in Berlin, ist die Zahl derer, die illegal in Deutschland leben, beträchtlich und liege bei 500 000 bis zu einer Million Menschen. Diese hätten in aller Regel keinen Zugang zu sozialen Mindeststandards: in der medizinischen Versorgung etwa, in der schulischen und berufli-

chen Ausbildung sowie bei der Einklagbarkeit von Lohn. Bührle: „Ein bedeutender Teil der Illegalen arbeitet in der Schattenwirtschaft; viele wollen gar nicht legalisiert werden, sind Saisonarbeiter, deshalb ist ein gruppenspezifisches Handeln notwendig.“ Die Landespolitiker forderten die katholische Kirche auf, in ihren eigenen Reihen ein Bewusstsein für die Notlagen zu schaffen. Die Akzeptanz von Flüchtlingen und Illegalen müsse in den Pfarrgemeinden und Verbänden gestärkt werden. Hier werde oftmals mit schlechtem Gewissen geholfen, aber immerhin werde geholfen. ◀



Neue Männer braucht das Ehrenamt

Anderen zu helfen scheint eine echte „Frauen-Domäne“ zu sein. Denn als jüngst Pfarrer Günter Reinbach als Vorsitzender der Caritas in Oberhausen im Pfarrzentrum St. Josef, Styrum, 31 Ehrenamtliche mit Ehrennadeln in Silber und Gold auszeichnete, war gerade mal ein Mann mit von der Partie. Zwar gebe es, so der Pfarrer, landesweit und auch in der Stadt durchaus auch männliche Mitarbeiter, aber insgesamt seien sie von den nackten Zahlen her doch eher unterrepräsentiert. ◀

Menschen in der Caritas

Mit dem Goldenen Caritas-Ehrenzeichen wurde jüngst **Schwester Armella** im Pfarrheim der katholischen Kirchengemeinde St. Josef in Gladbeck-Rentfort ausgezeichnet. Caritasdirektor Josef Schliemann ehrte die Katharinenschwester für ihr 50. Ordensjubiläum und für ihre großen Verdienste. Seit 1979 ist die Ordensschwester in Gladbeck tätig und hat in dieser Zeit mit ihrem Einsatz vor allem in der Caritas-Sozialstation bis 1991 Maßstäbe gesetzt.



Foto: Wojciech Brzeska

Christa Barde heißt die neue Vorsitzende der Caritas-Konferenzen in Mülheim/Ruhr. Die gebürtige Lübeckerin folgt Regine Arntz nach, die jetzt Geschäftsführerin der Mülheimer Caritas ist. Frau Barde engagiert sich seit 1977 in der Pfarrcaritas St. Elisabeth in Saarn u. a. bei den Sommer- und Adventssammlungen, veranstaltet Gemeindefahrten und besucht Kranke und Senioren. Sie sucht den Dialog und den Erfahrungsaustausch und ist für alle (neuen) Mitstreiterinnen und Mitstreiter dankbar.

Caritas vor Ort

Bochum – Alle Jahre wieder ist sie weit über die Stadtgrenzen hinaus sehr beliebt – die Ausstellung mit Krippen der Welt im Altenzentrum St. Franziskus. „Star“ jüngst war eine Ton-Krippe aus Südamerika.

Mülheim – Zur Unterstützung der Kontakt- und Beratungsstelle „gemeinsame sache“ gab das Ensemble „Resonance – der Frauenchor Mülheim-Ruhr (Süd) 1958“ ein Benefiz-Konzert im Caritaszentrum. Eingeladen hatte der Förderkreis für ambulante sozialpsychiatrische Dienste, der von Mülheimer Bürgern ins Leben gerufen wurde, um da, wo die Regelfinanzierung der Einrichtung nicht gesichert ist, zu helfen. Bei „gemeinsame sache“ wird psychisch behinderten Menschen die Möglichkeit geboten, die eigene Arbeitsfähigkeit zu testen und in einem geschützten Rahmen weiterzuentwickeln.

Essen – Zum Abschluss einer „Akademie am Abend“ zum Armutsbericht der Bundesregierung nahm Caritaschef Andreas Meiwes die Politik eindringlich ins Gebet. „Angesichts chronischer Finanznöte sind Kämmerer und Finanzminister eigentlich ein Fall für die Caritas-Schuldnerberatung. Dort lernten sie, Prioritäten zu setzen.“ Zum Bericht selbst gab's wenig Erhellendes. „Das Beste an ihm ist noch, dass es ihn gibt“, hieß es in der Runde, zu der auch Dr. Thomas Becker, Chefredakteur des bundesweiten Caritas-Magazins „Sozialcourage“ gehörte. Er beklagte, dass die so genannte verdeckte Armut nur am Rande des Berichts erscheine, was konkret bedeute, dass die Zahl der potenziellen Sozialhilfeempfänger zu verdoppeln sei auf annähernd sechs Millionen.

Essen – Auf zehn Jahre erfolgreicher Arbeit blickten jetzt die SkF-Tageseltern in Essen zurück. Dieser Verein des Sozialdienstes katholischer Frauen, in dem heute fast 400 Tagesmütter organisiert sind, bietet Tagespflegestellen vor allem für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder an. Gegründet wurde das Projekt vor allem aus der Notwendigkeit heraus, der steigenden Zahl allein erziehender Mütter ein qualifiziertes Angebot für ihre Kinder zu machen, um Erziehung und Beruf zu kombinieren. Chefin Rita Rhein: „Die SkF-Tageseltern sind heute eine der größten Einrichtungen dieser Art in Deutschland.“

Anzeigenseite



Vater werden – Vater sein ...

**Modellprojekt im Erzbistum Köln:
Beratung für werdende Väter**

Die Geburt eines Kindes bringt für werdende Eltern Veränderungen mit sich. Das betrifft nicht nur die Frauen, sondern ebenso die Männer.

Heute wollen viele Väter ihre Beziehung zu ihren Kindern aktiv leben und gestalten, doch nur selten erhalten sie dabei Hilfe von außen. Auch von den Schwangerenberatungsstellen fühlen sich vorrangig schwangere Frauen angesprochen und weniger werdende Väter, obwohl der Gesetzgeber in § 2 Schwangerenkonfliktgesetz den Rechtsanspruch auf Beratung für Frauen und Männer vorgesehen hat.

Genau hier liegt der Ansatz des neuen Angebots der katholischen Schwangerenberatung „esperanza“: Standen bisher eher die Frau sowie Fragen zum werdenden Leben oder zur Beziehung im Mittelpunkt der Beratungen, haben zukünftige Väter jetzt beim Caritasverband Bonn, beim SkF Köln, beim SKFM Düsseldorf und dem Kreis-Caritasverband in Dormagen Gelegenheit, sich von männlichen Beratern Rat und Hilfe für ihre neue Rolle und Aufgabe zu holen. Fragen der Identität oder Erziehungsgestaltung finden dabei ebenso Beachtung wie etwa das Problem der größeren Verantwortung, wenn der Mann plötzlich zum Alleinverdiener wird. Die Beratung möchte auch diejenigen Väter erreichen, deren Partnerschaft während der Schwangerschaft zerbrochen ist.

Mit dem neuen Angebot schließt „esperanza“ eine Lücke im Beratungsnetz. Finanziell wird das zunächst auf zwei Jahre begrenzte Modellprojekt allein vom Kölner Diözesan-Caritasverband getragen; eine wissenschaftliche Auswertung durch eine hausinterne Begleitgruppe ist vorgesehen. Weitere Informationen enthält die Broschüre „Vater werden, Vater sein“, erhältlich beim Referat „esperanza“ des Diözesan-Caritasverbandes, Telefon 02 21 / 20 10-1 44. ◀

Foto: PhotoDisc/DiCV

Caritas-Beratung jetzt auch online

Erzbistum Köln. Die Caritas geht neue Wege in der Beratung: Kinder, Jugendliche und Eltern können kostenlos ihre Probleme und Anliegen im Internet vortragen. Es handelt sich dabei um eine Form der brieflichen Beratung, bei der die Häufigkeit und der Abstand der Kontakte frei gewählt werden können.

Die Caritas legt großen Wert auf Datenschutz, sodass die Vertraulichkeit der Anfragen gewahrt bleibt. Auf Wunsch erfolgt die Beratung auch anonym. Es besteht ebenfalls die

Möglichkeit, dass der Online-Kontakt zu einem persönlichen Gespräch mit ausgebildeten Fachkräften führt.

In der Startphase beteiligen sich fünf Beratungsstellen in Düsseldorf, Köln, Kerpen, Leichlingen und Wipperfurth an der Online-Beratung. Schon jetzt sind über die Homepage des Diözesan-Caritasverbandes Köln die Adressen aller 17 katholischen Erziehungsberatungsstellen im Erzbistum abrufbar.

www.beratung-caritasnet.de
www.caritasnet.de



Für ein Sterben in Würde

Hospiz-Tagung der Caritas im Erzbistum Köln

Verbesserte Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich der Palliativmedizin forderte Dr. Lukas Radbruch von der Universität Köln.

„Aktive Sterbehilfe weicht echter Hilfe aus“, urteilte Pfarrer Rainer Hintzen vom Referat Krankenhaus-, Hospiz- und Notfallseelsorge im Erzbistum Köln auf der diesjährigen Hospiz-Tagung der Caritas im Erzbistum Köln. Sterbehilfe bedeute Verweigerung der medizinischen Hilfe

und menschlichen Begleitung, so Hintzen in seinem Vortrag. Der Umgang mit sterbenden Menschen sage vieles über das „Maß an gelebter Humanität und verlässlicher Solidarität“ in einer Gesellschaft aus.

Eine verbesserte Aus- und Weiterbildung für Ärzte zum Thema Palliativmedizin forderte Dr. Lukas Radbruch von der Klinik für Anästhesiologie und operative Intensivmedizin der Universität Köln in seinem Vortrag zu „Möglichkeiten und Grenzen der Palliativmedizin“. In Deutschland gebe es immer noch viele Patienten, die nicht einmal ansatzweise von Palliativmedizin und Hospizbetreuung wüssten. Dr. Jean-Pierre Wils, Professor für christliche Ethik und Direktor des Zentrums für Ethik der katholischen Universität Nijmegen in den Niederlanden, sprach zum Thema: „Der Streit um das Sterben – Ein ethischer Kommentar zur Diskussion um die Sterbehilfe“. Einen Ausblick auf Zukunftsperspektiven gab Hartmut Uebach, Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz. ◀

Peter Willenborg

Ein ehemaliges Jesuiten-kloster in der Kölner Stolzstraße ist die neue Heimat von „IN VIA“. Im neuen Haus des Verbandes Katholischer Mädchensozialarbeit finden sich neben der Geschäftsstelle auch Räumlichkeiten für die verschiedenen Beratungs-, Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Rund 200 sozial benachteiligte Jugendliche, insbesondere Mädchen und junge Frauen, entwickeln hier konkrete Zukunftsperspektiven. Im „Café IN VIA International“ besteht Gelegenheit zu zwangloser Begegnung, Gespräch und Beratung. Au-pair-Vermittlung, Beratung über europäische Freiwilligendienste sowie eine Clearingstelle runden das Angebot ab. Weitere Informationen: Telefon 02 21 / 4 72 86 00

Krankenhäuser gut gewappnet

140 Vertreter katholischer Krankenhäuser tagten in Bergisch Gladbach

Mit dem Krankenhausrahmenplan der Landesregierung, der für Nordrhein-Westfalen einen Abbau von nahezu 9 500 Betten vorsieht, beschäftigte sich die Mitgliederversammlung der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Köln.

Dabei sei der Umfang des Abbaus in den einzelnen Regionen strittig, da die Krankenkassen noch einen erheblichen Klärungsbedarf sähen, erklärte der Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Rudolf Kösters. Nach den Plänen der Landesregierung soll sich allein im Regierungsbezirk Köln die Zahl der Betten um 1 988 verringern. „Diese Regionalisierung ist ein Problem“, kritisierte Benedikt Merten, Abteilungsleiter Krankenhäuser beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln. Es sei fraglich, ob zukünftig eine qualitativ ausreichende wohnortnahe Grundversorgung geleistet werden könne. Präsident Kösters forderte die Krankenhäuser auf, der Betten-

streichung mit neuen Kooperationsformen zu begegnen. So sei der ständige Abbau der vollstationären Behandlung eine Konsequenz des wachsenden Angebots an teilstationären und ambulanten Versorgungsformen, die beispielsweise im allgemein-chirurgischen Bereich stärker griffen. Laut Kösters ist die Schließung von Abteilungen und Kliniken unvermeidlich.

Gut gewappnet im harten Konkurrenzkampf sieht Alfons Donat, Vorsitzender der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft, die katholischen Krankenhäuser. Die Bildung von Verbänden und Kooperationen habe in den vergangenen Jahren zu wirtschaftlich erfolgreichen und qualitativ hoch stehenden Einrichtungen geführt. Allerdings seien auch die katholischen Krankenhäuser vom Bettenabbau bedroht, da durch die Schließung einzelner Abteilungen oftmals gleich die Schließung einer Klinik drohe, wenn es sich um ihr Spezialgebiet handele. Es sei das Ziel, das jeweilige Krankenhaus mit seinem Spezifikum zu erhalten und in einem Verbund abzusichern. ◀



Veränderungen im Alter – Schicksal oder Herausforderung?

Jahreskonferenz für ehrenamtliche Mitarbeiter in Altenheimen

Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft werden immer älter. Dabei verlaufen die physischen, psychischen und seelischen Veränderungen individuell.

Welche Veränderungen auftreten, wo ihre potenziellen Ursachen liegen und was jeder Einzelne tun kann, um die körperliche, seelische und psychische Gesundheit so lange wie möglich zu erhalten, darüber konnten sich ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Altenheimen im Erzbistum auf ihrer Jahreskonferenz im Kölner Maternushaus informieren.

Zum Auftakt der Veranstaltung referierte Dr. Rudolf Harlacher, Chefarzt der gerontopsychiatrischen Klinik Aachen-Würselen, über „Medizinische Aspekte psychischer und physischer Veränderungsprozesse im Alter“. Neben den verschiedenen Formen dieser Veränderungen und ihren Ursachen stellte er auch Möglich-

keiten vor, mit denen der Prozess des Alterns positiv beeinflusst werden kann. Prävention stand im Mittelpunkt des Vortrags von Susanne Bösel, Referentin vom Kuratorium Deutsche Altenhilfe in Köln. Sie verdeutlichte, welchen wichtigen Beitrag „Sport, Spiel und Bewegung als Garanten geistiger und körperlicher Fitness“ leisten, und ergänzte die Informationen durch praktische Übungen. Wichtige Impulse für die Arbeit der Ehrenamtlichen vermittelte auch Elisabeth Komp, Referentin beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, mit der Vorstellung der „Kinästhetik – der Lehre von der Bewegungsempfindung“. Kinästhetik ermöglicht, die eigene Bewegungsfähigkeit intensiver wahrzunehmen und so pflegebedürftige Menschen in ihrer Bewegungsfähigkeit gezielter zu unterstützen.

Die Arbeit der Ehrenamtlichen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Allein in den rund 170 katholischen Altenheimen im Erzbistum Köln begleiten und betreuen weit mehr als 1 000 Ehrenamtliche die Bewohner auf verschiedenste Weise. Sie sind für viele Einrichtungen unverzichtbar geworden, können sie doch gerade die zwischenmenschlichen Dienste erbringen, die im Pflegealltag oftmals aus Kostengründen keinen Platz haben. ◀

Menschen in der Caritas

Kreis Mettmann. Leiter des neu gegründeten Bereichs „Familie und Senioren“ beim Caritasverband Mettmann ist seit dem 1. Oktober 2001 **Klaus Faulhaber-Birghan**. Zeitgleich übernahm **Thomas Rasch** die Leitung des ebenfalls neu gegründeten Bereichs „Integration und Rehabilitation“.

Köln. Wechsel im Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln: **Dr. Bernd Potthast** (78) wurde nach 27-jähriger Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender verabschiedet. Sein Nachfolger ist der Präsident des Kölner Landgerichts, **Dr. Alarich Richter** (64). Generalvikar **Dr. Norbert Feldhoff** überreichte ihnen die Urkunden. Dr. Potthast wurde zudem für seine Verdienste mit der Goldenen Caritas-Ehrennadel ausgezeichnet.

► **Goldene Ehrennadeln** erhielten für 25 und mehr Jahre Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas:

Paul Reinehr und **Josef Vloeberghs** für langjährige Mitarbeit im Kuratorium der Stiftung „Gute Hand“ in Kürten-Biesfeld; **Waltraud Teders** für 30-jährige Leitung des Seniorenclubs der Filialgemeinde St. Katharina in Hückeswagen-Wiehagen; **Heinz Henk** für langjährige Vorstandstätigkeit im Caritasverband für die Stadt Düsseldorf; **Christel Krüger** für 25-jährige Mitarbeit im Krankenhaus Zur Heiligen Familie in Bornheim-Merten; **Elke Schneider**, **Marlies Kleeberg**, **Sigrid Pelzer**, **Karl-Werner Harrichhausen** für 25-jährige Mitarbeit und **Willi Spenn** für 40-jährige Mitarbeit am St.-Josef-Hospital in Bonn-Beuel; **Elisabeth Knifka** für 25-jährige Mitarbeit beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln; **Trude Bayer**, **Helgart Meyer** und **Edith Thomas** für 25 Jahre ehrenamtliches Engagement in der Kleiderstube Dormagen; **Ursula Allendorf** für 40-jährigen Einsatz in der Pfarrcaritas St. Mariä Empfängnis in Siegburg-Stallberg.

Allen Jubilaren einen herzlichen Glückwunsch.

Anzeigenseite



Caritas-Telegramm

Erzbistum. Soeben veröffentlicht ist das neue Fort- und Weiterbildungsprogramm für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von katholischen Tageseinrichtungen für Kinder im Erzbistum Köln. Mit insgesamt 315 Veranstaltungen ist es das bundesweit umfangreichste Programm dieser Art. Das Programm kann angefordert werden beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, Tel. 02 21 / 20 10-2 73.

Bergisch Gladbach. Neue Geschäftsräume hat der SKFM in Bergisch Gladbach bezogen. Der Katholische Verein für soziale Dienste im Rheinisch-Bergischen Kreis befindet sich jetzt in der Bensberger Str. 190 in Bergisch Gladbach, Tel. 0 22 02 / 95 56 30

Bonn. Mit einem großen Fest für die ganze Familie feierte der Bonner Caritasverband einen besonderen „Geburtstag“. Seit mehr als acht Jahrzehnten setzt sich der größte Wohlfahrtsverband der Stadt Bonn für Menschen ein, die in Not sind. Der zentrale Auftrag des Caritasverbandes, sich um die Armen und Schwachen zu kümmern und deren Anwalt zu sein, habe nichts an seiner Notwendigkeit und Aktualität verloren, kommentierte Caritasdirektor Egon Halter.



Euskirchen. Eine dreijährige Ausbildung am Fachseminar für Altenpflege der Caritas im Erftkreis haben jetzt 18 Altenpflegerinnen und Altenpfleger erfolgreich absolviert. Seit 1990 können sich Interessierte in Hürth zur Fachkraft im Bereich Pflege ausbilden lassen. Die Berufschancen sind gut. Rund 200 Pflegeschüler haben seit Bestehen des Fachseminars den beruflichen Einstieg in einen ambulanten Pflegedienst oder ein Seniorenheim geschafft. Informationen unter Telefon 01 78 / 6 15 15 91.



Bundespräsident Johannes Rau hat Vertreter der Caritasverbände im Erzbistum Köln im Berliner Schloss Bellevue zu einem Gespräch empfangen. Neben der Würdigung des ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft wurden Probleme wie die zunehmende Bürokratisierung in der Altenpflege, rechtliche Schwierigkeiten bei der Anstellung ausländischer Ordenskräfte in deutschen Pflegeeinrichtungen sowie der Mangel an geeignetem Pflegepersonal in Ballungsräumen angesprochen.

Erzbistum. Eine neue Geschäftsstelle bezogen hat die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung in der Erzdiözese Köln. Kardinal Joachim Meisner segnete die neuen Büroräume in dem ehemaligen Ordenshaus in der Kölner Domstraße 18, in dem auch das Referat für Interreligiösen Dialog untergebracht ist.

Köln. „Kompetenz und Qualität gemeinsam entwickeln“ – das war das Thema der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Krankenhäuser für Suchtkrankenhilfe (AKF), die in der Caritas-Akademie in Köln-Hohenlind stattfand. Zur Verbesserung ihrer Arbeit strebt die Caritas die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards zur Zertifizierung von Suchtkliniken und ambulanten Einrichtungen an.

Bonn. Gemeinsam mit dem Universitätsklinikum als neuem medizinischem Partner eröffneten der Caritasverband für die Stadt Bonn e.V. und das Diakonische Werk eine Substitutionsambulanz in der Heerstraße 197 in Bonn. Ein Team aus Ärzten, Krankenpflegern, Sozialarbeitern und Sozialpädagogen versorgt hier über 80 Patienten. Die Träger rechnen damit, dass die für 100 Klienten konzipierte Ambulanz bald ausgelastet ist. Zielgruppe sind diejenigen Drogenabhängigen, die nach einer Behandlungszeit von maximal zwei Jahren mit Hilfe einer medizinischen und psychosozialen Betreuung wieder ein Leben ohne Drogen führen wollen.

Integration geht durch den Magen

Von der Schulaufgabenhilfe zum deutsch-russischen Kochbuch

Die anfängliche Skepsis von Bernd Bietmann teilten die Gäste am Büfett nicht. „Noch ein Kochbuch“, hatte der Direktor der Caritas Rheine gedacht, als sein Mitarbeiter in der Aussiedlerhilfe, Heiner Zimmermann, um Unterstützung für sein Projekt bat. Aber nicht erst bei der Präsentation des Buches unter dem Titel „Integration geht durch den Magen“ zeigte er sich überzeugt und probierte sich wie alle geladenen Gäste durch die russischen und deutschen Spezialitäten.

Es ist, wie Bietmann bei der Vorstellung sagte „ein besonderes Kochbuch, das sich wesentlich von anderen unterscheidet“. Frauen aus Russland und Deutschland haben es zusammengetragen und mit Anekdoten und Erläuterungen zu Traditionen ergänzt. Es ist das sichtbare Ergebnis gelungener Integration im Ortsteil Hauenhorst der Stadt Rheine. Und vor allem soll es über die Stadtgrenzen hinaus Integration fördern, so der Wunsch von Heiner Zimmermann.

Etwas Besonderes ist auch die Entstehungsgeschichte. Denn gestartet sind die Frauen nicht mit der Idee eines Kochbuchs, sondern mit der Schulaufgabenhilfe. Rund 100 Aussiedler wurden im Herbst 1997 in Hauenhorst in einer städtischen Containeranlage eingewiesen, die Stimmung in der Bevölkerung war überwiegend skeptisch. Einige Nachbarinnen waren allerdings der Meinung, so Heiner Zimmermann, „dass hier nicht Empörung und Beschuldigungen, sondern Verständnis und Toleranz weiterhelfen“. Sie stellten eine Schulaufgabenhilfe auf die Beine, trafen sich zu Gesprächen und wurden dabei, wie das im gastfreundlichen Russland so üblich ist, immer wieder zum Essen eingeladen. Nach dem Kennenlernen der Gerichte aus Kasachstan, Sibirien und Russland zeigten sie ihrerseits, was die westfälische Küche zu bieten hat. Regelmäßig wurden zu diesen Kochabenden Gäste hinzugebeten, das ge-



meinsame Verständnis wuchs, die Integration bekam eine Chance. Der Vorschlag von Heiner Zimmermann, die gemeinsamen Erlebnisse und Erfahrungen festzuhalten, mündete in die Idee des Kochbuchs. Abwechslend wurden die Rezepte ausprobiert, Fotos von der Entstehung und den Ergebnissen gemacht. Mitglieder örtlicher Vereine, weitere Nachbarn und die so genannten „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ wurden dazu eingeladen, um den Integrationsgedanken weiter wachsen zu lassen.

Das Ergebnis lässt sich nicht nur sehen, sondern auch ausprobieren. Für 7,50 € ist es bei der Aussiedlerberatung der Caritas Rheine (Tel. 0 59 71 / 8 62-3 34) oder bei Walburga Menke (0 59 71 / 1 00 83) zu haben. ◀

In Handarbeit sind hunderte von kleinen, pikant gefüllten Teigtaschen entstanden, die bei der Vorstellung des Kochbuchs frisch zubereitet wurden.

Foto: Harald Westbeld

Der offizielle Kalender 2002 des Deutschen Bundestages ist in den Caritaswerkstätten Niederrhein in Duisburg-Rheinhausen gestanzt, perforiert und gebunden worden. Gedruckt in der Justizvollzugsanstalt in Geldern, trugen die behinderten Beschäftigten in Duisburg die 5 000 Exemplare zusammen. Die Weiterverarbeitung von Kalendern ist ein Haupterwerbszweig für die 340 Mitarbeiter. Insgesamt beschäftigen die Caritaswerkstätten Niederrhein 860 Menschen mit Behinderungen in vier Betrieben. Angegliedert sind mehrere Wohnheime.





Die Welt im Kleinen bewegen

Fortbildung führt ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter aus Caritas und Pastoral zusammen



Im Rahmen einer „Entdeckungsreise“ mit dem Schlauchboot stellten die Fortbildungsteilnehmer die praktische Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse vor.

Foto: Westbild

Prof. Werner Springer formulierte den Eindruck, den die Gäste beim Abschluss hatten: „Was ich gesehen habe, lässt mich um die Zukunftsfähigkeit der Kirche nicht fürchten.“

Fast zwei Jahre lang hatte er mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern aus Caritas und Pastoral zum Thema „Lebensweltorientierte soziale und pastorale Arbeit in Gemeinden, Stadtteilen und Caritasverbänden“ gearbeitet. Unter dem eher sperrigen Titel sind in der Diözese Münster fast ein Dutzend ganz praktischer Projekte entstanden, die für den Leiter des Instituts für stadtteilorientierte soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) an der Universität Essen beweisen: „Die Welt lässt sich im Kleinen bewegen“.

Zum Beispiel ist in Münster-Coerde ein Alleinerziehendentreff entstanden, in Rheine-Dorenkamp bietet der „Salzstreuer“ eine Anlaufstelle für Menschen in Notlagen, aber auch für solche, die helfen wollen. Ziel dieser besonderen Fortbildung, die jetzt zum zweiten Mal angeboten werden konnte, ist es, „neue Ansätze in der Arbeit der Gemeindecaritas umzusetzen“, wie Theodor Damm, Fachbereichsleiter Gemeindecaritas im Diözesan-Caritasverband Münster, erläuterte. Von der Vernetzung der verschiedenen „Helfer“-Gruppen von Ehren- und Hauptamtlichen der Caritas mit Pfarrern und Pastoralreferenten verspricht er sich, „neue Möglichkeiten zu entdecken, wie auf soziale Herausforderungen eingegangen werden kann“.

Außerdem gewinnen die Teilnehmer durch den lebensweltorientierten Ansatz einen neuen Blick für die Methode der Unterstützung. Christa Wagner, Vorsitzende der rund 12 000 ehrenamtlichen Caritas-Mitarbeiter in der Diözese Münster und selbst Teilnehmerin der ersten Fortbildung, bekannte, dass lange nach dem Motto gehandelt worden sei: „Ich weiß, was anderen gut tut.“ Weit erfolgversprechender sei es jedoch, die in jedem Menschen steckenden Eigenkräfte zu entdecken und zu wecken. ◀

Schwangerschaft – ein Risiko für die Gesellschaft?

Ohne ethischen Grundkonsens brechen Strukturen zusammen

Ethische Fundamente, die bisher für stabil gehalten wurden, beginnen aufzuweichen. Ein Anzeichen dafür ist für den Vorsitzenden des Diözesan-Caritasverbandes Münster, Dieter Geerlings, der zunehmende Druck auf Frauen, durch Pränataldiagnostik sicherzustellen, dass sie kein behindertes Kind gebären.

„Sind schwangere Frauen also ein Risikofaktor für die Gesellschaft?“, fragte Geerlings auf der jährlichen Klausurtagung der Geschäftsführer aus 57 örtlichen Verbänden der Caritas, des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) in der Diözese Münster. „Ethische Fragen am Lebensanfang und Lebensende“ wurden als Schwerpunktthema diskutiert.

Noch hat Deutschland die strengsten Embryonenschutzgesetze und gibt es einen weitgehenden Grundkonsens in ethischen Fragen, stellte Dieter Geerlings

fest. Allerdings werde auch das „Biologische immer mehr ökonomisiert“. Organe beispielsweise würden zu Transplantationsgut erklärt. Argumentiert werde dabei auch mit Argumenten „niederen Ranges“ wie Standortqualität. Damit werde zunehmend der bisherige Konsens bestritten, dass das Leben mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle beginne. Wenn aber Forschungsfreiheit die gleiche Wertigkeit wie das Recht auf Leben erhalte, dann seien die Perspektiven verschoben.

Deutlich wird die Aufweichung des ethischen Grundkonsenses für den Caritas-Vorsitzenden gerade auch in der Frage der Pränataldiagnostik, die bei rechtem Gebrauch wertneutral sei. Es bleibe aber die Gefahr für das ungeborene Kind bei negativem Befund, dass die Diagnose zum Schwangerschaftsabbruch führe. Nach Ansicht von Geerlings muss das „Recht auf Nichtwissen gewahrt bleiben“. ◀



Nicht nur fromme Mehrleistung ...

Fachtagung: Katholische Kindergärten greifen Herausforderungen auf

Die 760 katholischen Kindergärten in der Diözese Münster streben ein Ziel an, aber die Wege dorthin sind vielfältig. Deshalb, so Pfarrer Bernhard Volkenhoff, Vorsitzender der Diözesanarbeitsgemeinschaft Katholische Tageseinrichtungen für Kinder (KTK), sei es gut, dass „es in unserer Diözese kein einheitlich verordnetes Leitbild gibt“.

Aber eine Richtschnur, und die gab Dieter Geerlings vor: „Qualität ist, was dem Kind nützt.“ Der Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes Münster machte über 500 Erzieherinnen und Trägervertretern katholischer Kindergärten Mut, die geänderten Rahmenbedingungen aufzugreifen und sich weiterzuentwickeln. Auf der Fachtagung „Qualität und Ihr Profil!“ in Münster maß er der Qualitätsentwicklung eine strategische Bedeutung gerade für katholische Träger zu. Die Tageseinrichtung, so Geerlings, sei Schnittstelle zur Gesellschaft. Das Christliche dürfe dabei nicht als „fromme Mehrleistung“ missverstanden werden, sondern

„das ganze Bemühen um die Entwicklung des Kindes ist das Christliche“, sagte Geerlings. Dokumentiert und diskutiert wurde auf der Tagung, dass viele Kindergärten in der Diözese Münster bereits auf vielfältige Weise versuchen, ihre Arbeit nach den Bedürfnissen der Kinder und Eltern zu optimieren. Die Geschäftsführerin der Diözesanarbeitsgemeinschaft Münster des KTK, Beate Evers, sah damit auch die manchmal geäußerten Einwände gegen ein Qualitätsmanagement widerlegt. Zielgerichtete Qualitätsentwicklung sei möglich und notwendig. Dabei geht es um ganz praktische Veränderungen wie die Anpassung der Öffnungszeiten an den Bedarf der Eltern oder die weitere Verbesserung der Betreuung trotz begrenzter finanzieller Mittel. An Bedeutung gewinnt die Frage des katholischen Profils. Auffällig ist, dass Eltern gerade nach den Ereignissen des 11. Septembers wieder danach fragen, was der Kindergarten an Wertorientierung biete. Diese Wertorientierung, so Evers, „ist zentrales Element unseres Profils“. ◀

Neben dem konzentrierten Zuhören gab es für die über 400 Teilnehmer des Fachtags bei den kabarettistischen Einlagen auch viel Anlass zum Lachen.

Foto: Harald Westbeld

Menschen in der Caritas

Als er 1971 kam, war die Bischöfliche Stiftung Haus Hall schon weit über 100 Jahre alt. **Robert Lenfers** hat in seinen 30 Jahren als Direktor die umfassende Modernisierung der Einrichtung für Menschen mit Behinderung vorangetrieben. „Wenn mich damals jemand nach meiner Vision von Haus Hall gefragt hätte – ich hätte nicht für möglich gehalten, was bis heute hat entstehen und wachsen können“, zieht er Bilanz. Neben dem Ausbau der professionellen Dienste engagierte er sich maßgeblich in den Organisationen der Caritas. Am 31. Dezember hat er sein Amt an seinen Nachfolger abgegeben. **Wilhelm Wigger** ist wie er Priester des Bistums Münster. Robert Lenfers zieht es nun für ein Jahr zu biblischen Studien nach Jerusalem.

Bernd Bußmann, Referatsleiter Stationäre Altenhilfeeinrichtungen im Diözesan-Caritasverband, und **Wilfried Leusing**, Altenheimleiter in Emsdetten, haben

gemeinsam ein meditatives Textbuch herausgegeben. Die Fotos stammen von den Reisen Bußmanns durch Nepal und Buthan, Leusing hat die Texte dazu ausgesucht. „Du spannst den Himmel aus wie ein Zelt ...“ vermittelt einen Einblick in die faszinierende Landschaft und Kultur dieser fernen Länder. Erschienen ist das Buch im **dialogverlag** Münster.

► **Goldene Ehrenzeichen** haben erhalten: **Margarete Gotzen** (Caritaskonferenz St. Vincentius, Dinslaken), **Mathilde Franken** (Caritas-Gruppe, Geldern-Kevelaer), **Karl Hubalek** (St.-Franziskus-Hospital, Münster), **Pfarrer Ludger Johannknecht** (Caritas Ahaus-Vreden), **Änne Fliss** und **Cläre Samson** (Caritas Ahlen), **Gertrud Pamme** (Pfarrcaritas St.-Margareta, Wadersloh), **Paul Bierwald** (St.-Vinzenz-Hospital, Dinslaken), **Franz Schwarte** (Diözesan-Caritasverband Münster).



Erfolgreich Ehrenamtliche angesprochen

Gutes Angebot im Jahr der Freiwilligen

Das Jahr der Freiwilligen hat die Caritas Bocholt gut genutzt, um ihren Ehrenamtlichen „etwas Gutes zu tun“ und ihren hohen Stellenwert in der sozialen Ar-

beit aufzuzeigen. Koordiniert von Gemeindecaritas-Mitarbeiterin Stefanie Herrmann, boten verschiedene Fachbereiche und Einrichtungen Einblicke in ihre Arbeit oder Fortbildungen an. Großes Interesse zeigten die Ehrenamtlichen vor allem an Computer- und Internetkursen. Die Erziehungsberatungsstelle bot eine Schnupperstunde zum Thema Sensorische Integration/Wahrnehmung an, das Frauenhaus startete mit 14 seiner ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen eine fünfteilige Reihe unter dem Titel „Der Weg von 1 000 Meilen beginnt mit dem ersten Schritt“. Besichtigungen führten in die Behindertenwerkstatt, das Mutter-und-Kind-Heim und die Sozialstationen. Ein Ausflug führte ins Kölner Schokoladenmuseum. ◀

Caritas-Telegramm

Dinslaken/Wesel – Kooperationsgespräche gibt es zwischen vielen örtlichen Verbänden, jetzt folgt daraus eine erste Fusion. Die Caritasverbände in den Dekanaten Dinslaken und Wesel werden zusammengehen. Sie erhoffen sich daraus eine nachhaltige Sicherung der Arbeitsplätze unter anderem durch eine effektivere Verwaltung.

Recke – Das Projekt „Eule“, in dem Schüler Senioren am Gymnasium in Recke unterrichten, ist von Ministerpräsident Clement mit dem Preis des Landeswettbewerbs „Engagierte Menschen – ich bin dabei“ ausgezeichnet worden. Die „Eule“ wird mitorganisiert von der Gemeindecaritas der Caritas Ibbenbüren.

Gescher – Nicht nur der Titel „Festkochend mehlig“ ließ aufmerken, die Ausstellung war insgesamt etwas Besonderes. Ort des Geschehens: die ehemalige Großküche von Haus Hall, in der über viele Jahre Tonnen von Kartoffeln geschält und gekocht wurden, und der darunter liegende Gewölbekeller. Künstler mit und ohne Behinderungen stellten hier ihre oftmals überraschenden Werke aus.

Kreisdekanat Kleve – 750 Ehrenamtliche hatte der Caritasverband Kleve im Internationalen Jahr der Freiwilligen als Dankeschön zu einer Rhein-

fahrt eingeladen. Fast alle wollten mit, sodass noch eine zweite Schiffsreise angeboten werden musste. Mehr als 400 Fahrgäste fasste der Dampfer nicht.

Münster – Damit der Effekt der Kur nicht gleich verpufft, hat die Caritas Münster eine Kurnachsorgegruppe ins Leben gerufen. Miteinander sollen Alltagsprobleme besprochen und nach Lösungen gesucht werden. Annette Lünemann als Kurberaterin und Gabriele Limbach von der Gemeindecaritas begleiten die Frauen.

Münster – Münster ist immerhin die drittgrößte Diözese in Deutschland, 7,7 Prozent der Katholiken leben hier. Das Engagement der Caritas ist allerdings noch weit höher: 10,8 Prozent aller bundesweit angebotenen Einrichtungen sind hier angesiedelt, fast 50 000 hauptamtliche Mitarbeiter arbeiten in den Diensten. Auffällig sind dabei vor allem die Gesundheitshilfe und die Tageseinrichtungen für Kinder. 66 Krankenhäuser und Reha-Kliniken befinden sich in Trägerschaft der katholischen Kirche. Die im neu erschienenen Caritas-Jahrbuch 2002 aufgeführten Zahlen weisen auch den besonderen Einsatz für die Kinder aus. Kommen bundesweit 255 Kindergartenplätze auf 10 000 Katholiken, sind es in der Diözese Münster 309.

DiCV will schlagkräftiger werden

Umstrukturierung mit dem neuen Jahr

Schlagkräftiger und besser den Bedürfnissen der Dienste und Einrichtungen angepasst will der Diözesan-Caritasverband Münster durch die Umstrukturierung seiner Geschäftsstelle werden. Dafür wird es künftig neben dem Justitiariat drei weitere Stabsstellen geben, die dem Direktor direkt zugeordnet sind: eine für Grundsatzfragen, in der auch die Betreuung der Fachverbände angesiedelt ist, eine zentrale Fortbildungsorganisation und die Öffentlichkeitsarbeit. Der auf Ortsebene in den vergangenen Jahren vorangetriebenen Vernetzung soll die Zusammenfassung der bisherigen Abteilungen II und III entsprechen, in der alle sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Arbeitsfelder gebündelt werden. Für die inhaltlichen Aspekte wird das Referat von Dr. Ulrich Thien zuständig sein, die wirtschaftliche Beratung übernimmt Heinz Briefs mit mehreren Mitarbeitern. Bei allen Änderungen bleibt gewährleistet, dass die Dienste und Einrichtungen vor Ort weiterhin Ansprechpartner im Diözesan-Caritasverband behalten. Im Einzelnen ist die Umstrukturierung mit Vorstand und Verwaltungsrat abgestimmt und den Delegierten auf der Vertreterversammlung vorgestellt worden. ◀

Anzeigenseite



Mitwirkung der Basis ermöglichen

Vertreterversammlung des Diözesan-Caritasverbandes zur Verbandsentwicklung

Der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, Professor Dr. Georg Cremer (2. v. li.) informierte über die derzeitige Satzungsreform. Begrüßt wurde er von Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach (re.) sowie vom scheidenden Vorsitzenden des Diözesan-Caritasverbandes, Prälat Joseph Becker (2. v. re.). Ein herzliches Willkommen gab es für den neuen DiCV-Vorsitzenden Thomas Dornseifer (li.).
Foto: Sauer

Die anstehende Satzungsreform des Deutschen Caritasverbandes (DCV) stand im Mittelpunkt der 8. Vertreterversammlung des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn in Schloss Neuhaus. Die für das Jahr 2003 zu erwartende neue Satzung soll nach dem Willen des DCV-Generalsekretärs Professor Dr. Georg Cremer der örtlichen Caritas ein größeres Gewicht einräumen.

„Wir wollen eine stärkere Mitwirkung der Ortsebene in den Organen des Deutschen Caritasverbandes“, sagte Cremer vor rund 150 Delegierten aus Caritas- und Fachverbänden und anderen caritativen Trägern aus der Erzdiözese. Wie eine Mitwirkung der „Basis“ auf der Bundesebene konkret aussehen kann, ließ Cremer offen. Da neue oder doppelte Strukturen zu vermeiden seien, ließe sich das Ziel am ehesten über eine konsequentere Mitgestaltung der diözesanen Verbands-ebenen erreichen.

Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach erinnerte daran, dass gerade im Caritasverband für das Erzbistum Paderborn die Vertretungsrechte der Ortsebene auf der Diözesan- und Bundesebene

sehr ernst genommen und mit Sorgfalt gehandhabt werden. Wenn dann ehrenamtliche Vorstände als Delegierte auf Vertreterversammlungen der Bundesebene feststellten, dass dort überwiegend hauptamtliche Funktionäre vertreten seien, stimme das schon nachdenklich.

In seinem Vorstandsbericht wies Odenbach auf die grundlegenden Veränderungen der Caritasarbeit in den vergangenen vier Jahren hin. „Die Zeiten sind offensichtlich vorbei, in denen unsere Arbeit mit armen, kranken und hilfsbedürftigen Menschen auch finanziell einigermaßen gesichert geschehen konnte.“ Zuschüsse der Kommunen, der Länder und des Bundes hätten immer geringeren Anteil an der Finanzierung der Aufgaben. Leistungsentgelte dagegen nähmen immer breiteren Raum ein und führten zu einer immer stärkeren Ökonomisierung. Odenbach nannte die Stärkung der gemeindeorientierten Caritasarbeit weiterhin als einen Schwerpunkt der kommenden Jahre. „Insbesondere müssen wir den neuen pastoralen Strukturen Rechnung tragen und in den Pastoralverbänden das caritative Engagement der Ehrenamtlichen und Freiwilligen fördern.“

Sein besonderer Dank galt Prälat Joseph Becker, der am 9. Januar nach fast 30 Jahren als Vorsitzender des Verbandes verabschiedet wurde (*Bericht folgt*). Becker und sein Nachfolger Domvikar Thomas Dornseifer wurden in Schloss Neuhaus mit viel Beifall bedacht. Die Vertreterversammlung war mit einem Gottesdienst eröffnet worden. Hauptzelebrant war Kardinal Degenhardt. Er erinnerte in seiner Predigt an den Wert einer verbandlich organisierten Caritasarbeit und ermutigte die Vertreter, treu an ihrem Dienst festzuhalten. ◀



Pflegefehler Druckgeschwür

Fachtagung zum nationalen Expertenstandard Dekubitus-Prophylaxe

Über 350 Pflegekräfte aus katholischen Krankenhäusern, Altenheimen und Sozialstationen haben sich in Paderborn über den ersten nationalen Expertenstandard zur Dekubitus-Prophylaxe, der Vorbeugung von Druckgeschwüren, informiert.

Zu der Fachtagung im Paderborner Schützenhof konnte der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn namhafte Fachleute gewinnen, die an der Entwicklung der ersten deutschen Standardvorgaben zur Vermeidung dieses wohl gravierendsten Pflegefehlers beteiligt waren, so Christel Bienstein, Leiterin des Instituts für Pflegewissenschaft an der Universität Witten/Herdecke, Karla Kämmer, Lehrerin für Pflegeberufe und Organisationsberaterin, und Martin Pohlmann vom Marienhospital, Osnabrück. Die Tagungsbeiträge verdeutlichten, dass die Dekubitus-Prophylaxe eine grundlegende Aufgabe der Pflege ist, deren Bedeutung

in den nächsten Jahren erheblich zunehmen wird. Die Zahlen belegten dies. So zeige eine Studie in Hamburg, dass von 10 000 Verstorbenen jeder Zehnte zu Lebzeiten an einem Dekubitus litt. In Deutschland dürften Schätzungen zufolge rund eine Million Pflegebedürftige betroffen sein.

Pflegerische Fachkompetenz sei mehr denn je gefragt, betonte Brigitte von Germeten-Ortmann, Referentin für Krankenpflegerische Dienste beim Diözesan-Caritasverband. Der erste Nationale Expertenstandard Dekubitus-Prophylaxe leiste dazu einen wichtigen Beitrag. Die Befürchtung, ein Standard enge den Entscheidungsspielraum der Pflegekraft und die individuelle Sicht und Betreuung des Pflegebedürftigen ein, sei eindeutig widerlegt worden. ◀



Pflegerische Fachkompetenz ist mehr denn je bei der Vermeidung von Druckgeschwüren gefragt. Rund eine Million Pflegebedürftige dürften in Deutschland von diesem Pflegefehler betroffen sein – Tendenz steigend.
(Foto: Archiv)

Veränderte „Kundenbedürfnisse“

Kindertageseinrichtungen setzen auf Qualität bei steigenden Anforderungen

15 katholische Tageseinrichtungen für Kinder in den Dekanaten Dortmund-Nordost und Herne haben jetzt ein Projekt zur Qualitätssicherung gestartet. Der Einstieg erfolgte mit einem dreitägigen Basiskolleg und einem Trägertag.

In Zusammenarbeit mit der Katholischen Erziehergemeinschaft und dem Caritasverband für das Erzbistum Paderborn wollen in den kommenden Monaten die Träger und Leiterinnen der Einrichtungen die spirituelle und trägerbezogene Qualität sichern und weiterentwickeln. Dazu wurde das Institut CoLibri Management Service, Denzlingen, engagiert. Es setzt ein auf die Bedürfnisse von Kindertageseinrichtungen zugeschnittenes Qualitätsmanagementsystem ein.

In den katholischen Kindertageseinrichtungen in Dortmund, Lünen und Herne wurde bislang eine inhaltlich hervorragende Arbeit geleistet. Die Anforderungen an die Kindertageseinrichtungen sind jedoch in den letzten Jahren größer geworden. Hinzu kommt, dass es für Einrichtungen zunehmend wichtiger wird, auf Veränderungen der „Kundenbedürfnisse“ – also der Kinder und Eltern – möglichst schnell, flexibel und kompetent reagieren zu können. Das angewandte Qualitätsmanagementsystem soll den Trägern und pädagogischen Mitarbeiterinnen helfen, diese wachsenden Anforderungen erfolgreich zu bewältigen, ohne ihr gewachsenes Profil und ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Die Einrichtungen werden dabei unterstützt, die Qualität ihrer Arbeit in allen Bereichen zu prüfen und zu verbessern. ◀



Neuer Name – neue Akzente

Die seit 1976 bestehende Heimvolkshochschule des Paderborner Meinwerk-Instituts heißt jetzt **IN VIA Akademie**.

Enthüllt:

Institutsleiterin Dr. Birgit Marx und Seminarleiter Dr. Christian Lummer präsentieren die neue Außenbeschilderung der „IN VIA Akademie“ im Meinwerk-Institut Paderborn.
Foto: Sauer



Nicht nur dem Namen nach, sondern vor allem inhaltlich soll die Akademie für neue konzeptionelle Entwicklungen stehen. Während des Gründungsfestakts konnte die Leiterin des Meinwerk-Instituts, Dr. Birgit Marx, dies den Gästen aus Politik, Bildung, Wirtschaft und vom IN-VIA-Bundesverband als Träger des Meinwerk-Instituts verdeutlichen. Die IN VIA Akademie soll sich den Herausforderungen der Wissens- und Informationsgesellschaft stellen, um kundenorientiert handeln zu können.

Das vorgestellte Jahresprogramm 2002 umfasst 182 Seminare und Weiterbildungen in fast allen Arbeitsfeldern der sozialen und sozialpflegerischen Berufe inklusive zukunftssträchtigen Multimedia-Angeboten und betriebswirtschaftlichen Themenstellungen. ◀

Menschen in der Caritas

Im Auftrag von Kardinal Degenhardt überreichte Generalvikar **Bruno Kresing** jetzt **Gisela Brandt** den päpstlichen Orden „Dame des Silvesterordens“. Damit würdigt Papst Johannes Paul II. das langjährige ehrenamtliche Engagement Gisela Brandts in der Westfälischen Klinik für Psychiatrie in Paderborn im Rahmen der christlichen Krankenhaushilfe. Ebenfalls mit dem Silvesterorden („Komtur des Silvesterordens“) ausgezeichnet wurden **Lorenz Ladage**, von 1970 bis 1996 Geschäftsführer des Caritasverbandes Dortmund, sowie **Ehrenfried Kulozik**, langjähriger Direktor des Dortmunder Arbeitsamtes. Die Ehrung nahm Weihbischof **Dr. Reinhard Marx** vor.

Mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ist **Elsbeth Rickers** ausgezeichnet worden. Frau Rickers war von 1973 bis 1993 stellvertretende Vorsitzende des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn, von 1973 bis 1984 Vorsitzende der Caritaskonferenzen in der Erzdiözese. Politisch wirkte sie u. a. mehr als 15 Jahre im NRW-Landtag.

Diözesan-Caritasdirektor **Volker Odenbach** ist als Vorsitzender der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Sucht in Nordrhein-Westfalen (KLAGS) wieder gewählt worden. Als stellvertretender Vorsitzender

wurde **Rudolf Gattwinkel** (Lennestadt) in seinem Amt bestätigt. Gattwinkel ist Vorsitzender des Kreuzbund-Diözesanverbandes Paderborn. Als Geschäftsführer der KLAGS wurde erneut **Winfried Kersting**, Referent für Suchtkrankenhilfe im Diözesan-Caritasverband Paderborn, benannt.

Neu im Diözesan-Caritasausschuss vertreten sind: **Dr. Richard Böger** (Paderborn), **Dr. Andrea Freiburg** (Sundern), **Pfarrer Hermann-Josef Hölscher** (Verl), **Wolfgang Knaup** (Dortmund) und **Franz Schnusenberg** (Rheda-Wiedenbrück). Die Wahl erfolgte bei der Vertreterversammlung des Diözesan-Caritasverbandes.

Wechsel in der Geschäftsführung des SkF Paderborn: Die Diplom-Sozialpädagogin **Monika Bien** hat **Irmhild Peitsch** abgelöst. Frau Peitsch wurde in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Karl-Josef Feischen (43) ist neuer Direktor des Salvator-Kollegs in Hövelhof. Der gelernte Landmaschinen-Mechaniker und diplomierte Sozialarbeiter tritt die Nachfolge von **Pater Alfons Minas** an, der über 30 Jahre lang diese traditionsreiche Jugendhilfe-Einrichtung im Kreis Paderborn leitete.

Anzeigenseite



Erstes Hospiz in Dortmund

Das fünfte stationäre Hospiz im Erzbistum Paderborn ist in Dortmund eröffnet worden. Träger der Einrichtung ist die Caritas-Altenhilfe Dortmund GmbH. Das Hospiz bietet bis zu sieben Schwerstkranken einen Ort, um menschenwürdig sterben zu können. Angegliedert ist es an das Altenheim Bruder-Jordan-Haus in der Innenstadt-Ost. Das neue Hospiz ist das erste in der Stadt Dortmund. Im Erzbistum Paderborn gibt es weitere Hospize in Paderborn, Lennestadt-Altenhudem, Arnsberg und Bad Pyrmont. Da nach wie vor die Krankenkassen keine kostendeckende Vergütung für die Arbeit stationärer Hospize ermöglichen, sind die Träger auf Spenden angewiesen. In Dortmund muss der Träger zehn Prozent der täglichen Pflegekosten von derzeit 215 Euro selbst übernehmen. ◀

Innovative Impulse

Paderborn-Schloss Neuhaus. Ein Jahr nach der Neuorganisation seiner Geschäftsführung zieht der Verein für Caritasheime des Erzbistums Paderborn eine positive Zwischenbilanz. „Die Trennung der Geschäftsführung in die Bereiche Alten- und Behindertenhilfe hat insgesamt zu einer neuen Führungskultur und innovativen Impulsen in den Einrichtungen geführt“, betont der Vorsitzende des Vereins, Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach.

Nach dem Ausscheiden des langjährigen Geschäftsführers Hans J. Spang waren im Jahr 2000 Klaus Heckmann und Klaus-Heiner Kaufmann als Geschäftsführer bestellt worden: Heckmann, für den Bereich Altenhilfe verantwortlich, ist ausgebildeter Krankenpfleger und Diplom-Psychologe. Der Diplom-Kaufmann Klaus-Heiner Kaufmann ist verantwortlicher Geschäftsführer für die Behindertenhilfe. Das neue Führungsduo setzt konsequent auf Dezentralisierung der Leitungsaufgaben und Mitarbeiterbeteiligung. Der Verein für Caritasheime ist Träger von acht Einrichtungen der Behindertenhilfe mit 1 600 Plätzen, davon 1 000 Arbeitsplätze in Werkstätten. Im Altenhilfe-Bereich sind sieben Altenheime mit 780 Plätzen angeschlossen. Insgesamt beschäftigt der Verein 1 300 Mitarbeiter. ◀

Caritas-Telegramm

Werl – Rund 380 Teilnehmer haben sich am traditionellen Tag der Pflegeberufe in Werl mit der Berufsmotivation in der Pflege und der Vermeidung von psychischen Belastungen auseinander gesetzt. Referenten waren Professor Dr. Barbara Knigge-Demal von der Fachhochschule Bielefeld und Professor Dr. André Büssing von der Technischen Universität München.

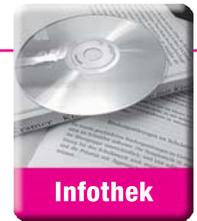
Paderborn – Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen feierte das St. Vincenz-Krankenhaus in Paderborn sein 100-jähriges Bestehen. Der Paderborner Bischof Dr. Wilhelm Schneider hatte die Klinik der Barmherzigen Schwestern am 26. Oktober 1901 eingeweiht. Heute leistet das Haus mit seinen 563 Betten und rund 1 300 Mitarbeitern in drei Betriebsstätten einen wesentlichen Beitrag zur medizinischen Versorgung der Region Paderborn.

Dortmund-Scharnhorst – Die Pfarrcaritas der Gemeinde St. Immaculata konnte jetzt ihr 75-jähriges Bestehen feiern. Prominenter Festgast war Weihbischof Dr. Reinhard Marx.

Soest – Mit einer Ausstellung haben der Caritasverband für den Kreis Soest und die Kolpingbildungsstätte Soest auf die vielfältigen lokalen Aktivitäten von Ehrenamtlichen und Freiwilligen bei Caritas und Kolping hingewiesen.

Iserlohn – Bella Italia in Iserlohn: Zum zweiten Mal präsentierte der Caritasverband italienische Kultur im Parktheater. Ende November gab die Schauspieltruppe „Commedianti dilettaanti“ Dario Fos Theaterstück „La Marcolfa“ in Originalsprache. Wenige Wochen später zauberten Musik, Texte und Dias römisches Flair ins Parktheater. Zu beiden Veranstaltungen gab es italienische Spezialitäten. Organisator war Francesco Ferrara, Sozialarbeiter beim Caritasverband Iserlohn.

Schmallenberg – Das Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft hat den Gesundheitspreis NRW 2001 gewonnen. Die katholische Lungenfachklinik hatte Verbesserungen in der pneumologischen Versorgung aufgezeigt.



Kindstod

(ml) Wohin mit der Trauer, der Fassungslosigkeit, der Ohnmacht? Wenn ein Kind schon stirbt, bevor es gelebt hat, in der Schwangerschaft, während der Geburt oder in den ersten Lebenswochen, stehen viele Eltern vor dem Nichts und fühlen sich hilflos und allein mit ihrer Trauer. Betroffene haben sich schon vor Jahren zusammengefunden, um den Schmerz gemeinsam zu verarbeiten, es gibt Selbsthilfegruppen und Literatur. Die Aachener Pädagogin Gerda Palm hat nun einen weiteren Ratgeber zum Thema früher Kindstod vorgelegt. In Deutschland sterben jährlich etwa 4 500 Säuglinge während der Geburt oder in der Woche danach, und auch die Zahl der rund 3 500 Totgeburten jährlich

hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verringert. Pro Jahr erleben 300 000 Frauen eine Fehlgeburt in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft. Vielfach stoßen die Betroffenen in ihrer Umgebung auf Hilflosigkeit und Unverständnis. Häufig entwickeln Frauen Versagens- oder Schuldgefühle, Partnerschaften geraten in Krisen und zerbrechen an ungelöster Trauer. Seit mehr als zehn Jahren organisiert Familienberaterin Palm Trauergruppen für früh verwaiste Eltern und leitet Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte, Hebammen und Seelsorger. Mit dem jetzt vorgelegten Ratgeber gibt sie konkrete Hilfen für die Trauerarbeit und unterstützt diejenigen, denen die verständnisvolle Begleitung von trauernden Menschen ein Anliegen ist.

Gerda Palm: Jetzt bist du schon gegangen, Kind.

Trauerbegleitung und heilende Rituale mit Eltern früh verstorbener Kinder. 120 Seiten, Don Bosco Verlag, München 2001 (ca. € 15,24).

Umfassend

(ml) Der Begriff der Kundenorientierung ist auch in kirchlichen Kreisen in aller Munde. Kundenorientierung scheidet die Geister: Die einen sehen in der neuen Metaphorik die Gefahr der Überfremdung der Theologie durch die Ökonomie – andere begrüßen die „heilsame Verunsicherung“ kirchlichen Handelns durch die neue Marktperspektive und erkennen die Chancen eines Wechsels der Zielperspektive. Die vorliegende Untersuchung fragt kritisch nach der tatsächlichen Trägfähigkeit von Kundenorientierung einerseits als einem hermeneutischen Prinzip der Pastoral-

theologie, andererseits als Handlungskategorie für die kirchliche Praxis. Es wird umfassend dargestellt, dass und wie Kundenorientierung eine neue Qualität in der Kooperation der beiden kirchlichen Strukturen begründen kann: Kundenorientierung als integrierender Horizont einer gemeinsam verantworteten Praxis diözesaner Pastoral und wohlfahrtsverbandlicher Caritas. Der Autor ist Theologe und Caritaswissenschaftler, seit 1982 im pastoralen Dienst des Bistums Aachen tätig, zurzeit als Leiter eines Projekts „Integrierte Psychiatrie-Pastoral“ im Großraum Aachen.

Martin Pott: Kundenorientierung in Pastoral und Caritas? – Anstöße

zum kirchlichen Handeln im Kontext der Marktgemeinschaft. Tübinger Perspektiven zur Pastoraltheologie und Religionspädagogik, Bd. 9, 512 Seiten, LIT-Verlag, Münster 2001 (€ 35,70).

Web-Tipps

(ml) Auf weit über 100 000 wird die Zahl der Webseiten geschätzt, die sich im Internet mit Gesundheitsthemen befassen. Laien können sich online umfassend über Erkrankungen und Behandlungsweisen informieren, den Rat von Fachleuten einholen und Kontakt zu Selbsthilfegruppen aufnehmen. Das Internet stärkt damit auch die Rolle des mündigen Bürgers und der mündigen Bürgerin, die sich im Netz medizinisches Wissen aneignen und auf dieselben Informationsquellen zurückgreifen können wie Fachleute. Aber nicht alle Internetangebote sind seriös und informativ. Deshalb hat das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium einige empfehlenswerte Gesundheitswebseiten vorgestellt:

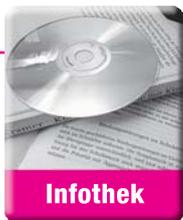
Das Internetportal www.gesundheit.nrw.de wurde im Auftrag des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums entwickelt. Das werbefreie Angebot

umfasst unter anderem Informationen über Ärzte, Apotheken, Krankenhäuser, Psychotherapeuten und Selbsthilfegruppen, aber auch über Krankheitsbilder, wie Krebs und Diabetes. Informationen zu weiteren Erkrankungen bieten beispielsweise die Angebote www.patienten-information.de von der Ärztlichen Zentralstelle Qualitätssicherung sowie www.medicine-worldwide.de (Charité Berlin).

www.inkanet.de, ein Informationsnetz für Krebskranke und deren Angehörige, ist ein Beispiel für ein gutes Selbsthilfeangebot. Zu den kommerziellen Anbietern von Gesundheitsinformationen gehören www.gesundheitscout24.de, www.medizin-forum.de und www.netdokter.de.

Auch wenn manche Anbieter eine online-Gesundheitsberatung eingerichtet haben, kann das Internetangebot jedoch keinen persönlichen Arztbesuch ersetzen.

www.gesundheit.nrw.de
www.gesundheitscout24.de
www.inkanet.de
www.medizin-forum.de
www.medicine-worldwide.de
www.netdokter.de
www.patienten-information.de



Erste-Hilfe-Handbuch

In Zusammenarbeit mit dem Malteser-Hilfsdienst. 256 Seiten, Dorling Kindersley Verlag, Starnberg 2001 (ca. € 15,50).

Herbert Haag / Dorothee Sölle u. a. (Hrsg.):

Schön bist du und verlockend. Große Paare der Bibel. 192 Seiten, Herder Verlag, Freiburg 2001 (ca. € 35,-).



Wunderschön

(ml) Sie ist das Buch von Gott – und doch ist der Bibel nichts Menschliches fremd. Nicht nur die sich vor Verlangen verzehrende Sinnlichkeit, die aus jeder Zeile des Hohen Liedes nach Erfüllung ruft, inspiriert seit über 2 000 Jahren die Liebenden. Die Bibel erzählt von erfüllter und enttäuschter Liebe vor allem in beispielhaften, oftmals hoch dramatischen Geschichten großer Paare. Was ist geschehen? Was hat sie be-

wegt im großen Spiel der Liebe, der Sehnsucht, der Freude oder Enttäuschung? Sie, die großen biblischen Paare wie Abraham und Hagar und Sara – Isaak und Rebekka – Rut und Boas – David und Batseba oder Judith und Holofernes.

In diesem Handbuch werden alle wichtigen Aspekte der ersten Hilfe erläutert: grundlegende Verhaltensregeln in einer Notfallsituation, das Erkennen von Verletzungen, die lebenswichtigen Funktionen des menschlichen Körpers und vieles mehr. Ein Handbuch, das sich für den Laien ebenso eignet wie für den professionellen Helfer.

Dieses Bild-Sachbuch erzählt und interpretiert die Geschichten von Liebe und Hass, von Treue und Verrat, von Sehnsucht und Leidenschaft. Es ist durchgehend farbig mit den schönsten Beispielen aus Malerei und Grafik ausgestattet und wegen seiner besonders liebevollen Gestaltung ausgezeichnet als Geschenkband geeignet.

der Kirche hinaus und zeigt Handlungszwänge und Handlungsspielräume einer bedeutenden kirchlichen Brückenorganisation zwischen Ost und West. Sie bietet damit gleichzeitig einen zentralen Ausschnitt aus der Geschichte der katholischen Kirche in der DDR. Der zweite Band, herausgegeben von demselben Autor, der wiss. Mitarbeiter der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn, ist, vereinigt Tagungsbeiträge und Gesprächsergebnisse. Auf Einladung der Kommission für Zeitgeschichte und des Deutschen Caritasverbandes diskutierten Zeitzeugen aus Politik und Kirche mit Historikern über die Handlungsspielräume der Caritas in der SBZ/DDR.

Christoph Kösters:

Staatssicherheit und Caritas 1950-1989. Zur politischen Geschichte der katholischen Kirche in der DDR. 228 Seiten, Schöningh Verlag, Paderborn 2001 (€ 15,80).

Christoph Kösters (Hrsg.):

Caritas in der SBZ/DDR 1945-1989. Erinnerungen, Berichte, Forschungen 2001. 257 Seiten, 4 Tab., Schöningh Verlag, Paderborn 2001 (€ 15,80).

Historisch

(ml) Zwei jüngst erschienene Bände beschäftigen sich intensiv, einmal als Sammlung von Einzelaufsätzen, die als Tagungsbeiträge diskutiert wurden, zum anderen als eigens angelegte Untersuchung, mit der Caritas in Ostdeutschland. Die erste Studie blickt auf das Spannungsverhältnis und seine Veränderungen im Verlauf der 40-jährigen SED-Herrschaft: auf Polizeiaktionen gegen Kinderheime, Verhaftungen von Caritas-Mitarbeitern wie auch auf den humanitären Einsatz im Rahmen des Häftlingsfreikaufs oder der Familienzusammenführung.

Die Untersuchung greift weit über den oft vordergründig diskutierten Aspekt von IM und Spitzeltätigkeit in

Impressum

„Caritas in NRW“
Kaiserswerther Str. 282-284
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 51 60 66-20
Telefax 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: caritasNRW@t-online.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Monika Natschke
Redaktion:
Rudi Löffelsend (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04

Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434

Anzeigenseite

Anzeigenseite